

**17. Sitzung**

**Freitag, den 09. Dezember 2011**

**Mainz, Deutschhaus**

**Fragestunde**

– Drucksache 16/664 – ..... 995

*Die nicht behandelten Mündlichen Anfragen Nummern 9 bis 24 werden gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.*

**Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR)  
im Zeitraum Juli 2010 bis Juli 2011**

**Bericht der vom Landtag Rheinland-Pfalz entsandten Mitglieder des  
Ausschusses der Regionen**

– Drucksache 16/405 – ..... 1010

*Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. .... 1017*

**Neunter Energiebericht des Landes Rheinland-Pfalz**

**Besprechung des Berichts der Landesregierung**

**(Drucksache 16/575; Vorlage 16/546)**

**auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/619 – ..... 1017

*Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. .... 1030*

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke; die Staatssekretäre Martin Stadelmaier und Frau Heike Raab.

**Entschuldigt fehlten:**

Die Abgeordneten Christian Baldauf, Hans-Josef Bracht, Herbert Schneiders; Staatsminister Roger Lewentz.

**Rednerverzeichnis:**

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1021
Abg. Dr. Mittrücker, CDU:.....	1019
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:.....	1029
Abg. Dr. Wilke, CDU:.....	999, 1000
Abg. Frau Brück, SPD:.....	1007, 1008
Abg. Frau Dickes, CDU:.....	1009
Abg. Frau Dr. Machalet, SPD:.....	996, 998
Abg. Frau Ebli, SPD:.....	1001, 1002
Abg. Frau Elsner, SPD:.....	995, 998
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:.....	1008
Abg. Frau Klöckner, CDU:.....	1009, 1024, 1025, 1027, 1029
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:.....	1009
Abg. Frau Müller-Orth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1003
Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1005
Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1002, 1003
Abg. Frau Schäfer, CDU:.....	1005
Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	997
Abg. Frau Thelen, CDU:.....	997
Abg. Guth, SPD:.....	1017
Abg. Hering, SPD:.....	1026
Abg. Hürter, SPD:.....	1005
Abg. Hüttner, SPD:.....	1002
Abg. Klöckner, SPD:.....	1010
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	997, 1028
Abg. Lammert, CDU:.....	1001
Abg. Schmitt, CDU:.....	1006
Abg. Wehner, SPD:.....	998, 1006
Abg. Weiner, CDU:.....	1012
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1013
Abg. Zehfuß, CDU:.....	1002
Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:.....	1007, 1008, 1009
Frau Conrad, Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa:.....	1015
Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:.....	995, 996, 997, 998, 999
Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:.....	1003, 1005
.....	1006
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:.....	1022
Frau Raab, Staatssekretärin:.....	999, 1001, 1002, 1003
Präsident Mertes:.....	995, 996, 997, 998, 999, 1000, 1001, 1002, 1003
.....	1005, 1006, 1007, 1008, 1009, 1010
Vizepräsident Schnabel:.....	1012, 1013, 1015, 1017, 1019, 1020, 1022, 1024
.....	1025, 1026, 1027, 1028, 1029, 1030

**17. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 9. Dezember 2011**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Mertes:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 17. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz und begrüße Sie ganz herzlich.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen Benedikt Oster und Susanne Ganster. Frau Ganster führt die Rednerliste.

Lieber Herr Dötsch, Sie werden heute 57 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Sie sehen, Sie haben ein außerordentlich dankbares Publikum, wenn Sie nachher einen ausgeben.

(Heiterkeit im Hause)

Damit Sie dies können, habe ich natürlich wie immer für den Abgeordneten, der am Tag der Plenarsitzung Geburtstag hat, ein kleines Kistchen Wein. Ich wünsche Ihnen ein gutes und erfolgreiches neues Lebensjahr.

So frohgestimmt, nehmen wir zur Kenntnis, dass heute die Abgeordneten Christian Baldauf, Josef Bracht, Herbert Schneiders sowie Herr Staatsminister Roger Lewentz entschuldigt sind.

Wir beginnen mit **Punkt 24** der Tagesordnung:

**Fragestunde**  
– Drucksache 16/664 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Petra Elsner und Dr. Tanja Machalet (SPD), Mini- und Midijobs in Rheinland-Pfalz** – Nummer 5 der Drucksache 16/664 – betreffend, auf.

Frau Kollegin Elsner hat bereits angezeigt, dass sie die einzelnen Fragen vortragen wird. – Bitte schön.

**Abg. Frau Elsner, SPD:**

Danke schön, Herr Präsident. Es geht um Mini- und Midijobs in Rheinland-Pfalz. Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die geplanten Änderungen für die Mini- und Midijobs insbesondere im Hinblick auf Rheinland-Pfalz?
2. Welche Folgen hat diese Anhebung für die Altersversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

3. Sieht die Landesregierung Änderungsbedarf bei den aktuellen Regelungen zu Mini- und Midijobs?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Guten Morgen, Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Petra Elsner und Dr. Tanja Machalet beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Mit fast 7,4 Millionen Minijobs kommt diesem Beschäftigungssegment eine bedeutende Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu. Im September 2011 wurden in Rheinland-Pfalz 355.716 geringfügig entlohnte Beschäftigte registriert, hinzu kommen noch rund 15.500 geringfügig entlohnte Beschäftigte in Privathaushalten.

Nach den mir vorliegenden Presseberichten plant die Bundesregierung, die Minijob-Grenze von 400 Euro auf 450 Euro anzuheben. Gleichzeitig sollen Minijobber künftig grundsätzlich voll in der Rentenversicherung abgesichert werden und damit auch Ansprüche auf Erwerbsminderungsrente erwerben oder Vorteile der Riester-Rente in Anspruch nehmen können.

Dafür stocken Sie den pauschalen Rentenversicherungsbeitrag des Arbeitgebers von 15 % um 4,6 % auf. Wer das nicht will, soll darauf verzichten können. Dann bleibe es bei der pauschalen Abgabe des Arbeitgebers.

Die Midijob-Grenze soll entsprechend von 800 Euro auf 850 Euro angehoben werden.

Zu Frage 1: Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sollen zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beitragen. Für die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt sind diese Beschäftigungsverhältnisse jedoch mit zahlreichen Problemen und Risiken verbunden. Sie äußern sich häufig in einer Benachteiligung gegenüber anderen Beschäftigten, in der unzureichenden eigenständigen sozialen Absicherung und in der fehlenden Brückenfunktion zu einem oftmals gewünschten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Da inzwischen fast jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis in Deutschland ein Minijob ist, hat dies erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und die Steuereinnahmen. Zwischenzeitlich haben sich ganz unterschiedliche Gruppen und Institutionen für eine Reform bzw. Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung ausgesprochen, beispielsweise der Sachverständigenrat, der Deutsche Juristentag, der Deutsche Frauenrat und das IAB im Jahr 2010 sowie die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung im Jahr 2011.

Die von der Regierungskoalition geplanten Änderungen für Mini- und Midijobs entsprechen in keiner Weise dem festgestellten notwendigen Reformbedarf und werden von der Landesregierung daher sehr kritisch gesehen. Seit dem Jahr 2003 ist die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gestiegen und wird, bedingt durch die Anhebung auf 450 Euro, weiter steigen. Bereits heute haben geringfügig Beschäftigte häufig sehr lange Arbeitszeiten und erreichen oftmals nur geringe Stundenlöhne. In der Form der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung ermöglichen sie zudem weder ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen, noch sind sie eine ausreichende Basis für die notwendige Altersvorsorge. Deshalb sollte das Arbeitsmarktsegment der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse verkleinert und nicht durch eine Anhebung der Grenzen noch weiter vergrößert werden.

Eine Beitragsaufstockung zur Rentenversicherung durch Minijobber ist bereits heute auf freiwilliger Basis möglich. Derzeit nutzen diese Möglichkeit nur 5 % der Minijobber im gewerblichen Bereich und 7 % der Minijobber in Privathaushalten.

Neu ist lediglich die Umkehrung der Freiwilligkeit. Künftig sollen Minijobber grundsätzlich eine Beitragsaufstockung vornehmen, können diese aber auch weiterhin ablehnen. Diese Neuregelung ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, er löst jedoch nicht das grundsätzliche Problem der unzureichenden eigenständigen sozialen Absicherung.

Für die Midijobber, die derzeit im Grenzbereich von 400 Euro bis 450 Euro verdienen, ist die Neuregelung eine klare Benachteiligung, da sie zu Minijobbern werden. Ihre soziale Absicherung erfährt hierdurch deutliche Einschränkungen, und zwar auch dann, wenn Sie den Beitrag des Arbeitgebers zur Rentenversicherung aufstocken.

Zu Frage 2: Bei einer Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro ergibt sich in heutigen Werten pro Jahr der Betätigung ein Bruttoanspruch auf eine gesetzliche Altersrente von monatlich 3,28 Euro. Um eine Bruttoaltersrente von 850 Euro monatlich zu erzielen, müsste man eine solche geringfügige Beschäftigung rund 260 Jahre lang ausüben.

Bei einer Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro ergibt sich ein Bruttoanspruch von 3,69 Euro. Der monatliche Rentenanspruch steigt somit um gut 40 Cent. Statt rund 260 Jahre müsste man nur noch rund 230 Jahre arbeiten, um eine Rente von 850 Euro zu erzielen.

Solche oder ähnliche Vergleiche zeigen, dass geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, unabhängig von ihrer Ausgestaltung, keine ausreichende Basis für eine auskömmliche Altersvorsorge sind. Auch mit Blick auf die Altersvorsorge sind sie deshalb vor allem danach zu beurteilen, ob sie den Weg in eine Erwerbstätigkeit mit auskömmlichem Einkommen ebnen können oder nicht. Dies gilt im Übrigen grundsätzlich auch für eine Verschiebung der Gleitzone für die sogenannten Midijobs.

Zu Frage 3: Es gibt eine Vielzahl guter Gründe, die im internationalen Vergleich fast einzigartige Sonderrege-

lung zur geringfügigen Beschäftigung grundlegend zu reformieren, auch weil sie die deutliche Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahren begünstigt und beschleunigt hat.

Genau wie viele Experten, zu denen neben den bereits genannten auch das Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen gehört, sieht auch die Landesregierung im Bereich der Mini- und Midijobs grundlegenden Änderungsbedarf. Dazu gehört neben einer angemessenen Bezahlung für die Beschäftigten in den Minijobs – in diesem Bereich darf es kein Lohndumping geben – vor allem auch eine Reduzierung der hohen Zahl der Minijobber. Minijobs dienen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und sollen nicht als überwiegende Beschäftigungsform genutzt werden, wie dies mittlerweile in manchen Branchen – zum Beispiel Einzelhandel oder Gastronomie – Alltag geworden ist.

Nordrhein-Westfalen wird zu dieser Thematik am 16. Dezember 2011 eine Bundesratsinitiative in den Bundesrat einbringen. Dieser Entwurf eines Gesetzes zur Reform der geringfügigen Beschäftigung und zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung wird anschließend in den Ausschüssen des Bundesrates beraten werden. Die Landesregierung wird den Gesetzentwurf konstruktiv begleiten und gegebenenfalls notwendige Änderungsanträge in die Ausschüsse einbringen.

So weit die Antwort der Landesregierung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Präsident Mertes:**

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Dr. Machalet, bitte.

**Abg. Frau Dr. Machalet, SPD:**

Frau Ministerin, gehen Sie davon aus, dass die Anhebung um 50 Euro in Form eines höheren Stundenlohnes bei den Beschäftigten oder eher in Form ausgeweiteter Arbeitszeiten ankommt?

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Frau Abgeordnete Machalet, das ist schwer zu beantworten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass etwas ursprünglich gut Gemeintes genau in das Gegenteil verkehrt worden ist. Eines der größten Probleme bei den Minijobs ist die unglaublich hohe Anzahl von Arbeitsstunden, die in dieser 400-Euro-Regelung verbracht werden. Deshalb befürchten wir auch, dass die Anhebung auf 450 Euro dazu führen wird, dass es letztendlich nicht zu einem besseren Stundenlohn kommt, sondern eher zu einer Ausweitung von Stunden.

Das heißt, ohne die Stundenzahl im Bereich der Minijobs zu begrenzen, wird man an der Stelle wirklich nicht weiterkommen. Zumindest wird es weiterhin zum Nachteil der Beschäftigten sein.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Thelen.

**Abg. Frau Thelen, CDU:**

Frau Ministerin, trifft es zu, dass die Hauptausdehnung der Minijobs seit der Reform durch Hartz IV 2003 erfolgt ist?

Ich schließe direkt eine zweite Frage an. Sind Ihnen die Zahlen bekannt, wie viel der Minijobber – Sie haben eben die Gesamtzahl für Deutschland genannt – diesen Job neben einem Hauptjob oder neben sonstigen Leistungen, z. B. Rentenleistungen, wahrnehmen?

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Die erste Frage ist selbstredend. Vorher war das Thema der Minijobs völlig anders geregelt. Erst mit der Hartz IV-Reform ist das Thema „Minijobs und Midijobs“ auf neue Füße gestellt worden. Deshalb haben wir natürlich seit der Einführung dieser sogenannten neuen Minijobs auch einen Anstieg von Minijobs.

Ich füge aber hinzu: Auch da gilt das, was wir gestern umfänglich diskutiert haben, dass nämlich das Projekt „Minijob“ damals eigentlich zur Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt dienen sollte. Inzwischen können wir aber sehr deutlich schon seit Jahren sagen, dass es eigentlich zu Missbrauch auf dem Arbeitsmarkt geführt hat.

Wir wissen, gerade im Einzelhandelsbereich sind ganz viele sozialversicherungspflichtige Jobs in 400-Euro-Jobs umgewandelt worden. Das ist natürlich nicht Ziel dieses Gesetzes und kann es auch nicht sein.

Die Zahlen liegen mir vor, ich habe sie aber nicht präsent. Wenn es okay ist, reiche ich sie gerne nach. Wir haben sie natürlich zur Verfügung.

(Frau Thelen, CDU: Danke!)

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Köbler.

**Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Ministerin, es ist nicht nur so, dass die Minijobs zum Teil sozialversicherungspflichtige Jobs verdrängen, sondern es gibt auch immer wieder Hinweise darauf, dass die Minijob-Regelung dazu missbraucht wird, sozusagen Schwarzarbeit zu vertuschen oder teilweise zu legalisieren.

Gibt es zu diesen Hinweisen, die man immer wieder aus gewissen Branchen bekommt, Anhaltspunkte, die der Landesregierung vorliegen, oder auch Schätzzahlen, in wie vielen Fällen das der Fall ist?

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Nein, mir liegen jetzt keine Schätzzahlen in diesem Bereich vor. Aber es gibt die umfängliche Studie aus Duisburg, die ich auch zitiert habe. Auch dort werden Ausführungen zu diesem Punkt gemacht. Das kann ich dem Parlament auch sehr gerne zur Verfügung stellen.

Ich möchte gerne noch zwei Anmerkungen dazu machen. Die Hauptproblematik aus meiner Sicht ist, dass die Minijobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgelöst haben und dann, wie Sie sagen, es nebenher dazu genutzt wird, dass diese Beschäftigten in dem Rahmen darüber hinaus einfach noch schwarz zusätzlich arbeiten. Genau das wollen wir nicht.

Man muss sagen, im Privatbereich hat sich das erfreulicherweise in die etwas richtigere Richtung bewegt, dass nämlich viele ursprünglich schwarze Arbeitsgelegenheiten im Haushalt inzwischen über Minijobs gemacht werden.

Aber man muss sagen, auch da haben wir noch einen riesigen Bereich von Schwarzarbeit. Auch dort haben wir das Ziel noch nicht erreicht.

Ich stelle das gerne zur Verfügung. Schwarzarbeit bleibt nichtsdestotrotz gerade bei den gewerblichen Minijobs ein Riesenproblem, außerdem, dass die Leute viel zu viele Stunden arbeiten müssen und damit einen extrem niedrigen Stundenlohn haben.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Spiegel.

**Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Ministerin, vielleicht können Sie etwas zur geschlechtsspezifischen Verteilung bei den Minijobs sagen.

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Gerne. Es ist kein Wunder, dass viele Gremien, die sich auf der Bundesebene mit Frauenpolitik befassen, auch das Thema „Minijobs“ zu ihrem Thema gemacht haben, völlig egal im Übrigen, in welche Partei man schaut. Es hat natürlich damit zu tun, dass etwa 70 % der betroffenen Minijobber – die Zahl habe ich so im Kopf – Minijobberinnen sind. Das ist eigentlich in doppelter Weise völlig fatal, weil sie nicht nur als junge Frauen nicht genug Geld verdienen und nicht abgesichert sind, sondern weil auch klar ist, dass sie gar nichts für ihre Altersvorsorge tun können.

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen, da wird richtig Sand in die Augen gestreut, wenn immer wieder argumentiert wird, mit den Minijobs hat man auch einen Rentenanspruch. Es wird auch jetzt bei der Erhöhung so argumentiert. Das ist alles Käse. Ich habe also wirklich

nicht umsonst jetzt einmal diese zugespitzte Zahl ausrechnen lassen, was es bedeutet, wenn man auf der Grundlage von Minijobs glauben möchte, irgendwann einmal eine Rente zu beziehen. Das ist bei 3 Euro und noch etwas absolut nicht möglich.

Man müsste 260 Jahre arbeiten, um einigermaßen eine Rente von 850 Euro zu bekommen. Da sollte man den Frauen wirklich ganz klar sagen, der Minijob ist keine Perspektive. Null!

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Elsner.

**Abg. Frau Elsner, SPD:**

Frau Ministerin, Sie zeigen ganz entsetzliche Zahlen auf mit 260 Jahren usw. Gerade in den Haushalten ist ein Missbrauch festzustellen. Ist dem in irgendeiner Weise beizukommen? Kann irgendetwas unternommen werden, damit diese Schwarzarbeit aufhört?

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Ich möchte noch einmal ganz gerne zwischen den haushaltsnahen Dienstleistungen und den Minijobs in diesem Bereich und den gewerblichen Minijobs differenzieren.

Die Minijobs für haushaltsnahe Dienstleistungen sind damals eingeführt worden, um vor allem die weit verbreitete Schwarzarbeit im Haushalt ein Stück weit einzudämmen und sie wenigstens auf die Grundlage von Minijobs zu stellen. Ich glaube, an der Stelle ist es auch relativ erfolgreich gewesen.

Wir werden es nie erreichen, dass Privathaushalte für all ihre Beschäftigten, erst recht nicht in der Pflege, jedes Mal sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse schaffen. Sie wissen auch, wie schwierig es ist, wenn sozusagen der Zoll losgeschickt wird, um einzelne Haushalte zu überprüfen.

Das kann man fast vergessen, zumal jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin von ihrem Dorf haargenau weiß, wo gerade wieder Leute schwarz in welchem Haushalt arbeiten und letztendlich die ganze Community dies deckt, weil sie umgekehrt auch diese Notsituation der Leute im Haushalt vor allem in Bezug auf die Pflege sehen.

Die Zahl der Minijobber in privaten Haushalten ist überschaubar. Es ist besser, die Leute arbeiten im Rahmen eines Minijobs im Haushalt, als dass sie das ohne irgendeinen Status tun. Insofern würde ich meine wirklich globale Kritik an dem Instrument Minijob auf die gewerblichen Minijobs konzentrieren. Darum geht es vor allem. Dort muss auch wirklich etwas verändert werden.

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, ich lasse noch zwei Zusatzfragen zu, dann ist die Anfrage nun wirklich beantwortet. Fragen können noch Herr Kollege Wehner und Frau Machalet stellen. Bitte schön.

**Abg. Wehner, SPD:**

Frau Ministerin, im Nachgang der Frage der Kollegin Spiegel möchte ich feststellen, es wird gerne kolportiert, dass Frauen gerne diese Minijobs machen und das auch notwendig für sie ist.

Können Sie das bestätigen, oder gibt es eigentlich andere Gründe, die dahinterstehen?

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Ich halte das für ein absolutes Gerücht. Ich sage einmal, wir haben heute Rentnerinnen, die eine so niedrige Rente haben, dass sie sagen, wir machen auf Minijobbasis noch etwas nebenher. Manche machen das auch ganz gerne.

Aber die Durchschnittsfrau im Minijob macht das nicht freiwillig. Wenn man in den Einzelhandel oder auch in das Hotel- und Gaststättengewerbe geht, dann trifft man dort zuhauf Frauen, die gerne einen Teilzeitjob oder eine Vollzeitbeschäftigung hätten.

Aber der Arbeitgeber bietet das inzwischen gar nicht mehr an, sondern verfolgt ganz klar die Strategie, mithilfe von Minijobs Arbeitsplätze zu ersetzen. Das kann man nicht wollen. Das ist für die Frauen auch schlecht.

Man sollte den Aussagen wirklich auch keinen Glauben schenken. Man muss einfach einmal in ein paar Märkte gehen und mit den Frauen sprechen. Die Frauen wollen nicht in diesen Arbeitsverhältnissen sein. Sie wollen ein richtiges Arbeitsverhältnis.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Präsident Mertes:**

Eine letzte Zusatzfrage der Frau Kollegin Machalet.

**Abg. Frau Dr. Machalet, SPD:**

Frau Ministerin, Sie haben die Rentenauswirkungen dargestellt. Es gibt durchaus noch andere arbeitsrechtliche Regelungen, die auch für Minijobs gelten, z. B. Urlaubsanspruch oder das Thema „Absicherung im Krankheitsfall“.

Wie schätzen Sie die Umsetzung dieser Ansprüche ein? Ich denke, es ist häufig so, dass der Urlaub nicht stattfindet und auch andere Regelungen nicht angewandt werden.

**Frau Dreyer, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Die praktische Umsetzung ist die eine Frage. Eigentlich sieht der Minijob schon vor, dass man auch Urlaubsansprüche hat. Die Umsetzung lässt an manchen Stellen auf sich warten. Es ist aber eigentlich wirklich ein Problem im System.

Es ist mittlerweile auch ein Problem, dass wir so viele Minijobs im System haben, viel mehr, als wir uns das jemals hätten vorstellen können. Dementsprechend übert es auch in den unterschiedlichen Bereichen aus.

Urlaub, auch der Krankheitsfall und die Drucksituation, die dadurch den Arbeitnehmerinnen gegenüber hergestellt wird, und dass sie nicht die gleichen Rechte in einem Betrieb wie ein normal Beschäftigter wahrnehmen können, spielen in dem Zusammenhang eine Rolle, auch was das Einklagen eigener Rechte betrifft.

**Präsident Mertes:**

Herzlichen Dank. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Axel Wilke und Matthias Lammert (CDU), Strukturreform in der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei** – Nummer 6 der Drucksache 16/664 – betreffend, auf.

**Abg. Dr. Wilke, CDU:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Wir fragen die Landesregierung:

1. Was waren die Gründe, dass im Zuge der Reform der Bereitschaftspolizei ab 1996 im räumlichen Bereich jedes Polizeipräsidiums des Landes eine Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei angesiedelt wurde?
2. Wie viele Einsätze mit wie vielen Einsatzstunden haben Beamte der 13. Einsatzhundertschaft Schifferstadt bis einschließlich 30. November 2011 zur Unterstützung des Wechselschichtdienstes im Bereich des Polizeipräsidiums Rheinpfalz geleistet und wie viele Einsatzstunden wären es ohne Leistung von Mehrarbeit gewesen, wenn die Anreise der Beamten von Enkenbach-Alsenborn hätte erfolgen müssen?
3. Welche Umstrukturierungsmaßnahmen mit welchen Mehrkosten erfordert eine Aufnahme der Beamten der Einsatzhundertschaft Schifferstadt am Standort Enkenbach-Alsenborn?
4. Welche konkreten anderweitigen Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen für die derzeit bei der Bereitschaftspolizei Schifferstadt beschäftigten Tarifangestellten?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Heike Raab.

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fragen der CDU-Fraktion betreffen einen Teil des gesamten Optimierungsprozesses der rheinland-pfälzischen Polizeistruktur. Deshalb muss der Optimierungsprozess insgesamt betrachtet werden. Gestatten Sie mir deshalb einige Bemerkungen zum Gesamtprozess, bevor ich auf die Fragestellungen, die Sie konkret vorgetragen haben, eingehe.

Herr Staatsminister Lewentz hat im Mai dieses Jahres den Auftrag erteilt, die polizeiliche Organisationsstruktur auf möglichen Anpassungsbedarf hin zu überprüfen. Die letzte große Organisationsreform liegt mittlerweile 18 Jahre zurück.

Wenn sich aber in beinahe zwei Jahrzehnten die Gesellschaft weiterentwickelt hat, muss auch eine Polizeiorganisation dahin gehend überprüft werden, ob ihre Aufgaben und Arbeitsstruktur noch zeitgemäß sind oder ob es Optimierungsbedarf gibt.

Sechs Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Polizeibehörden und -einrichtungen sowie – das möchte ich ausdrücklich sagen – unter Beteiligung der Gewerkschaften haben sich intensiv in zahlreichen Sitzungen, an denen ich selbst zu einem großen Teil teilnehmen konnte, damit beschäftigt und weitreichende Vorschläge unterbreitet.

Meine Damen und Herren, zudem wissen wir alle, dass uns die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse einige Vorgaben auferlegt. Dies führt dazu, dass das Land 220 Millionen Euro einsparen muss und will und von diesen Sparzwängen jedes Ressort betroffen ist. Natürlich haben wir auch im Zuge dieser Optimierungsorganisationsentwicklung die Polizeistrukturen überprüft.

Die Arbeitsgruppen haben ihren Prüfauftrag entsprechend erweitert und Vorschläge unterbreitet, welche den fiskalischen Notwendigkeiten und weiterhin dem Gebot Rechnung tragen, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz auf dem hohen Niveau, das wir gegenwärtig haben, weiter gewährleistet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle allen, die sich an dem Optimierungsprozess, sei es von behördlicher oder gewerkschaftlicher Seite, beteiligt haben, herzlich danken; denn die Arbeitsgruppen haben eine beachtliche Arbeit geleistet. Die umfassenden Ergebnisse waren Grundlage für die Entscheidung von Minister Roger Lewentz.

Diese Entscheidungen sehen wie folgt aus:

- Die Polizei in der Fläche bleibt präsent.
- Die Struktur der Autobahnpolizei wird entsprechend den Verkehrsströmen optimiert.

- Die Organisation der Verwaltung und der Leitungsstäbe sowie der Kriminalpolizei wird gestrafft und die Prävention neu ausgerichtet. Wir arbeiten gegenwärtig an einem Konzept.
- Die Bereitschaftspolizei wird verschlankt.

Zu Frage 1: 1996/1997 fand im Zuge der landesweiten Fortschreibung polizeilicher Organisations- und Ausbildungsstrukturen eine grundlegende Reform der Bereitschaftspolizei statt, die im Wesentlichen zu einer noch gezielteren Unterstützung der Polizeipräsidien führte. Eine Auswirkung auf die Standorte hatte dies nicht.

Bis 2001 gab es in Rheinland-Pfalz vier Bereitschaftspolizei-Standorte, nämlich Mainz, Enkenbach-Alsenborn, Wittlich-Wengerohr und Schifferstadt. Erst mit der Verlegung einer Einsatzhundertschaft nach Koblenz im Jahr 2001 wurde damals im Bereich eines jeden Polizeipräsidiums ein Standort der Bereitschaftspolizei geschaffen. Im Zuge der jetzigen Optimierung haben wir alle Standorte auch der Bereitschaftspolizei – hierbei handelt es sich um sehr große Liegenschaften – überprüft.

Diese Prüfung ergab, dass die Unterstützung für das Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz künftig auch von Enkenbach-Alsenborn aus garantiert werden kann. Somit ist eine Verlegung machbar und könnte eine geeignete Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung darstellen.

Zu Frage 2: Gestatten Sie mir im Vorfeld einige Worte zur Organisation und Aufgabe der Bereitschaftspolizei. Die Bereitschaftspolizei hält nicht rund um die Uhr Beamtinnen und Beamte bereit, um bei Notrufen unmittelbar zum Einsatzort zu eilen, beispielsweise bei Vermisstenfällen, Fahndungsmaßnahmen oder Wohnungseinbrüchen. Sie kommt vielmehr nahezu ausschließlich bei planbaren Lagen zum Einsatz. Das unterscheidet die Bereitschaftspolizei maßgeblich von den Dienststellen des Polizeieinzeldienstes.

Im Wesentlichen unterstützt die Bereitschaftspolizei den Polizeieinzeldienst, indem Kräfte turnusmäßig in den Schichtdienst von Polizeiinspektionen integriert werden. Diese Unterstützung wird es selbstverständlich auch nach der Verlegung der 13. Hundertschaft von Schifferstadt nach Enkenbach-Alsenborn weiter geben.

Darüber hinaus liegt eine wesentliche Aufgabe der Bereitschaftspolizei in der Bewältigung von sogenannten geschlossenen Einsätzen. Das gilt auch für die 13. Hundertschaft in Schifferstadt. Beispielsweise waren zahlreiche Beamtinnen und Beamten noch vor zwei Wochen über drei Tage hinweg im Wendland bei der Verladung des Castor-Transportes im Einsatz.

Großeinsätze, zum Beispiel bei Fußballspielen oder Demonstrationen, werden in der Regel unter Beteiligung verschiedener Hundertschaften des Landes bewältigt. Eine Erhebung zeigt, dass diese Einsätze, nämlich die Einsätze der 13. Hundertschaft, überwiegend im Bereich Kaiserslautern und Mainz bzw. in anderen Bundesländern stattgefunden haben. Darüber hinaus bringt die Hundertschaft in Schifferstadt jährlich eine Vielzahl von kleineren Unterstützungseinsätzen auch für örtliche und lokale Dienststellen schwerpunktmäßig im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit.

Nachfolgend gebe ich Ihnen gern einen Überblick über diese geleisteten Unterstützungseinsätze im Jahr 2011. Dieser gilt aufgrund der Anfrage bis zum 6. Dezember 2011.

Im genannten Zeitraum hat die Bereitschaftspolizei Schifferstadt insgesamt 517 Unterstützungseinsätze für die Dienststellen im Bereich des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz geleistet. Dabei wurden 31.670 Einsatzstunden erbracht. Der reine Fahraufwand von Schifferstadt aus betrug 416 Stunden. Würde die Anfahrt so, wie sie bisher organisiert war, für die gleichen Einsätze von Enkenbach-Alsenborn aus erfolgen, würde sich ein Mehraufwand an reiner Fahrzeit von 297 Stunden ergeben.

Im Zuge der Optimierungsstrukturentwicklung haben wir allerdings auch überprüft, ob wir das bisherige Einsatzkonzept in der jetzt praktizierten Form in dieser Form beibehalten werden; denn wir haben aber auch entstehende Mehrkosten durch längere Anfahrtswege erstens in der Gesamtkalkulation einer Standortverlagerung bereits berücksichtigt. Zweitens prüfen wir aber gleichzeitig, ob nicht die Beamtinnen und Beamten künftig vom Wohnort aus unmittelbar zu den örtlichen Dienststellen vor Ort fahren. Dies wird auch an anderen Standorten so gehandhabt.

Zu Frage 3: Die Raumkapazität in Enkenbach-Alsenborn lässt eine Verlegung der Bereitschaftspolizei aus Schifferstadt zu. Bauliche Erweiterungen sind in diesem Zusammenhang nicht, allenfalls in einem sehr geringen Umfang notwendig. Die Detailfragen zur Umsetzung der Verlagerung der 13. Bereitschaftshundertschaft von Schifferstadt nach Enkenbach-Alsenborn werden gegenwärtig, auch was alle Kosten angeht, die ich bereits in einer Dienstbesprechung vor Ort erörtert habe, geprüft.

Zu Frage 4: Gleiches trifft auf die Frage der Weiterbeschäftigung der vom Umzug betroffenen 13 Tarifbeschäftigten zu. Ich kann Ihnen versichern, dass wir sozialadäquate Lösungen in unmittelbarer Nähe finden werden, die es erlauben, dass diese 13 Tarifbeschäftigten, die zum Teil in Teilzeit arbeiten und schon lange Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort sind, bei den umliegenden Dienststellen adäquat untergebracht werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Präsident Mertes:**

Gibt es Zusatzfragen? – Herr Kollege Dr. Wilke. Bitte.

**Abg. Dr. Wilke, CDU:**

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die ausführliche Antwort. Welche Planungen haben Sie denn für die Zukunft der Liegenschaft in Schifferstadt selbst? Diese gehört dem LBB. Wenn die Einsatzhundertschaft dort

weggeht, dann ist die Liegenschaft verwaist. Es gibt die langfristigen Bindungen für die Fotovoltaik-Anlagen. Es gibt, glaube ich, auch noch eine Tankstelle, die dort weiterhin gebraucht wird. Welche Anschlussnutzung können Sie sich vor dem Hintergrund aus Sicht der Landesregierung vorstellen? Wurde das auch schon durchdacht und geprüft?

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Gern beantworte ich diese Frage. Die Liegenschaft der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt hat für eine Bereitschaftspolizei eher eine ungewöhnliche Lage. Es ist eine innerörtliche Lage unmittelbar am Bahnhofsgelände. Es gibt dort auch eine Fotovoltaik-Anlage.

Selbstverständlich wird bei Veräußerung oder einer anderweitigen Nutzung dieses Geländes der Pachtvertrag für die Fotovoltaik-Anlage – dies ist mittlerweile geprüft –, eine Photovoltaik-Anlage der Firma Juwi, übergehen.

Das Innenministerium ist aber federführend auch das Ministerium, das Konversion begleitet und betreut, und zwar sowohl zivile Konversion als auch militärische Konversion. Wir werden diese Fläche genauso wie die zahlreichen Flächen, die jetzt im Zuge der Bundeswehrstrukturreform unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen, in die Planungen einbeziehen und einvernehmlich mit den Kolleginnen und Kollegen vom LBB und der anderen Ressorts – Ministerpräsident Beck wird das Konversionskabinett in der bewährten Manier weiterführen – den Liegenschaften eine große Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Gleiches betrifft auch das Thema der Tankstelle und der Werkstatt. Wir sind gegenwärtig landesweit dabei, ein Werkstattkonzept für die Polizei des Landes zu erarbeiten. Das betrifft auch den Bereich der Polizei-autobahnstationen. Auch dort haben Sie den Ausführungen von Minister Lewentz entnommen, dass hier Dienststellen geschlossen werden und eine neue Dienststelle am Autobahnkreuz Koblenz errichtet wird. Im Zuge dessen sind wir dabei, das gesamte Werkstatt- und Tankstellenkonzept grundsätzlich zu überarbeiten.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Lammert.

**Abg. Lammert, CDU:**

Frau Staatssekretärin, rechnet die Landesregierung aufgrund der angedachten Verlegung der Bereitschaftspolizei mit einem höheren Verschleiß der Einsatzfahrzeuge, die überwiegend durch den Bund finanziert wurden, und gibt es da eventuell eine Rücksprache mit dem Bund?

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Selbstverständlich sind wir mit der Bundespolizei in einem engen Austausch, auch was geschlossene Ein-

sätze und andere Fragen angeht. Ich habe aber grundsätzlich gesagt, wir überprüfen. Gegenwärtig ist es so, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten am Standort Schifferstadt ihren Dienst vor Ort beginnen und dann quasi ausschwärmen.

Wir überdenken dieses System grundsätzlich. An anderen Standorten wird es anders gehandhabt. Dort werden die Beamtinnen und Beamten, die wissen, dass sie am anderen Tag an einer regionalen Dienststelle eingesetzt werden, von zu Hause aus ihren Dienst antreten. Dies, so denken wir, ist bei den Beamtinnen und Beamten der 13. Hundertschaft ebenso möglich. Das Konzept wird gegenwärtig erarbeitet.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Ebli.

**Abg. Frau Ebli, SPD:**

Frau Staatssekretärin, ist es richtig, dass bislang die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten, die in regionalen Diensten eingesetzt werden, von zu Hause aus statt an der jeweiligen Dienststelle beginnt?

Zweite Frage, wenn es erlaubt ist, Herr Präsident.

**Präsident Mertes:**

Eigentlich nicht.

**Abg. Frau Ebli, SPD:**

Dann melde ich mich sofort noch einmal.

**Präsident Mertes:**

Frau Staatssekretärin.

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Gegenwärtig ist es so, wie ich bereits ausgeführt habe, dass die Beamtinnen und Beamten, wenn sie nicht in geschlossenen Einsätzen oder in überörtlichen Einsätzen eingesetzt werden, sondern in der sogenannten Rotation, ihren Dienst in Schifferstadt beginnen. Sie fahren von zu Hause aus an den Dienort Schifferstadt, starten dort ihren Dienst und schwärmen aus ins Land.

Dieses Konzept überprüfen wir gegenwärtig. Wenn wir das umstellen, würde künftig der Dienst bereits von zu Hause aus beginnen. Dann würde der Anfahrtsweg zur Arbeitsstelle zu einer regionalen Dienststelle erfolgen.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Hüttner.

**Abg. Hüttner, SPD:**

Frau Staatssekretärin, in welchem Maß ist die Bereitschaftspolizei Schifferstadt außerhalb der Rotation in die tägliche Sicherheitsarbeit bei der örtlichen Polizeiinspektion Schifferstadt eingebunden?

(Dr. Wilke, CDU: Was ist das für eine Frage?)

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Wir haben in Schifferstadt den glücklichen Umstand, dass wir dort nicht nur die Liegenschaft der Bereitschaftspolizei, sondern in unmittelbarer Nähe auch eine sehr große und gut ausgestattete Polizeiinspektion haben.

Das heißt, es wird weiterhin rund um die Uhr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Schifferstadt gewährleistet, und das mit knapp 80 Beamtinnen und Beamten vor Ort.

Wenn wir die regionalen Dienststellen, sei es bei Verkehrskontrollen oder in anderen aktuellen Fragen unterstützen, dann wird selbstverständlich auch künftig durch die PI Schifferstadt die Bereitschaftspolizei unterstützt werden.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Raue.

**Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, Sie sprachen von 517 Unterstützungseinsätzen, die die Bereitschaftspolizei Schifferstadt für Dienststellen zu dem in Rede stehenden Zeitrahmen erbracht hat. Können Sie ausführen, wie viele davon geplant waren und bei wie vielen dieser Einsätze es sich um spontan entstehende Engpässe gehandelt hat?

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Das müsste ich im Einzelfall nachfragen. Diese 517 Anfragen waren Unterstützungseinsätze für die örtlichen Dienststellen im Polizeipräsidium Rheinpfalz, die auch konkret angefordert waren. Ob jetzt in dem einen Fall krankheitsbedingte Ausfälle ausgeglichen werden, das müsste ich nachprüfen lassen, würde Ihnen das aber gern nachreichen.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Zehfuß.

**Abg. Zehfuß, CDU:**

Frau Staatssekretärin, mit wie vielen zusätzlichen CDU-Belastungen ist durch die längeren Anfahrten der 13.

Einsatzhundertschaft zu Unterstützungseinsätzen von Enkenbach in das Präsidium Rheinpfalz zu rechnen?

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Grundsätzlich möchte ich Ihnen sagen, dass das Innenministerium großen Wert darauf legt, dass unsere gesamte Flotte des Hauses CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge in den Einsatz bringt.

(Beifall des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das haben Minister Bruch und Staatsminister Lewentz weitergeführt. Wir haben eine sehr neue hochwertige Flotte bei allen Polizeifahrzeugen im Einsatz, sodass wir grundsätzlich bemüht sind, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß unserer landeseigenen Flotte deutlich zu reduzieren. Den CO<sub>2</sub>-Ausstoß kann man im Moment noch nicht konkret vorhersagen. Wie gesagt, wir denken verschiedene Konzepte neu. Beispielsweise: Wie gelangen wir zum Einsatzort in der regionalen Dienststelle?

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der überwiegende Einsatz der 13. Hundertschaft auch in geschlossenen Einsätzen erfolgt. Bei diesen Einsätzen werden wir keine weiteren Anfahrtswege haben. Denn die meisten Einsätze der 13. Hundertschaft waren bislang im Raum Kaiserslautern oder zur Unterstützung von anderen Einsätzen bundesweit.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Ebli und der Frau Kollegin Raue. – Dann möchte ich die Liste abschließen.

**Abg. Frau Ebli, SPD:**

Frau Staatssekretärin, in Schifferstadt herrscht eine große Sorge, dass durch den Abzug der Polizei infrastrukturelle Schäden und Kaufkraftverluste entstehen. Ist Ihnen bekannt, wie viele Polizistinnen und Polizisten in Schifferstadt wohnen und sich am Gemeinwesen und am wirtschaftlichen Leben beteiligen?

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Ein besonderes Augenmerk, sehr geehrte Frau Abgeordnete Ebli, gilt hierbei natürlich unseren 13 Tarifbeschäftigten, die auch in der Kleiderkammer eingesetzt werden, eine Schneiderin und andere Menschen, die unmittelbar am Standort wohnen. Wir werden hier entweder an der PI Schifferstadt, aber auf jeden in unmittelbarer Nähe, ansonsten am Polizeipräsidium in Ludwigshafen, eine Anschlussbeschäftigung finden.

Ansonsten gilt für die 13. Hundertschaft wie bei allen anderen Hundertschaften im Land auch, dass die Beamten dort immer für kürzere Zeiträume nach der Ausbil-

derung eingesetzt werden und oftmals nicht am Standort wohnen, sondern sich erst nach und nach in der Familienphase an einem Wohnort festsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleichzeitig möchte ich erwähnen, dass die Polizeien in Rheinland-Pfalz sehr häufig wechselnde Einsatzorte haben. Der jetzige Chef der Bereitschaftspolizei, Herr Werz, ist beispielsweise am 16. Einsatzort. Diese Rotation, die wir hier pflegen, fördert auch, dass man große Kenntnisse aus vielen Bereichen einbringt. Das stärkt die Polizei insgesamt.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Raue.

**Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Staatssekretärin, die Region um Schifferstadt ist ein regionaler Schwerpunkt rechtsextremer Kräfte. Leider. Wissen Sie, wie viele dieser Einsätze der Bereitschaftspolizei mit diesem Gebiet in Verbindung stehen?

**Frau Raab, Staatssekretärin:**

Auch dies ist eine Frage, deren Beantwortung ich Ihnen im Detail gerne noch zukommen lassen.

Ich möchte sagen, wir haben die Thematik bereits gestern erörtert. Hier arbeiten in diesem Bereich, was die Bekämpfung von Rechtsterrorismus, Rechtsextremismus angeht, Verfassungsschutz und Polizei ganz eng zusammen. Wir können nicht eindeutig sagen, dass Schifferstadt unmittelbar ein Schwerpunkt ist.

Wir beobachten aber alle Räume, auch landesweit. Wir werden hier Sicherheit gewährleisten.

Ich möchte noch einen letzten Satz hintanfügen, wenn der Präsident dies gestattet.

Während andere Bundesländer zur Haushaltskonsolidierung Hundertschaften einsparen, haben wir in Rheinland-Pfalz ganz klar gesagt, wir wollen nicht auf Beamtinnen und Beamte verzichten, aber schon überprüfen, ob eine Haushaltskonsolidierung dadurch erreicht werden kann, dass möglicherweise auf den einen oder anderen Standort eine Verlagerung zukommt.

**Präsident Mertes:**

Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen bei uns die „Jugendinitiative Radio-1Ahr“ aus Bad Neuenahr-Ahrweiler. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Nicole Müller-Orth und Anna Neuhoﬀ (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kennzeichnung eierhaltiger Lebensmittel** – Nummer 7 der Drucksache 16/664 – betreffend, auf.

Wer spricht? – Bitte schön, Frau Müller-Orth.

**Abg. Frau Müller-Orth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Kennzeichnung eierhaltiger Lebensmittel.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Initiativen strebt die Landesregierung im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Bundesebene zur Kennzeichnungspflicht eierhaltiger Lebensmittel sowohl bei verarbeiteten Lebensmitteln wie auch in der Gastronomie an?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich für europaweit geltende tiergerechte Haltungsstandards für Legehennen und eine entsprechende europaeinheitliche Kennzeichnungspflicht einzusetzen?
3. Die ungehinderte und verhaltensgerechte Bewegung gehört zu den Grundbedürfnissen der Legehennen. Eine Nichterfüllung kann zu Schmerzen, Leiden oder Schäden führen: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung im Bundesrat, die Erkenntnisse des Tierschutzes zur artgerechten Legehennenhaltung auch bei der Produktion von Eiprodukten durchzusetzen?
4. Flüssigeiprodukte stammen vorwiegend aus nicht tiergerechter Legehennenhaltung in Käfigen: Sieht die Landesregierung einen verstärkten Informations- und Aufklärungsbedarf, um den gesetzlich verankerten Tierschutz den rheinland-pfälzischen Verbraucherinnen und Verbrauchern näherzubringen?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatsministerin Höfken.

**Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Verbesserung des Tierschutzes ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Die Landesregierung hat beim Bundesverfassungsgericht erfolgreich gegen tierschutzwidrige Haltungsformen von Legehennen geklagt und sich durchgesetzt. Ebenso hat unter Rot-Grün die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz stattgefunden.

Ich denke, die Tatsache, dass letztendlich diese Initiativen von allen Bundesländern erfolgreich unterstützt wurden, zeigt, dass sich diese Auseinandersetzung lohnt.

Heute hat Frau Ministerin Aigner übrigens eine Tierschutzinitiative angekündigt. Da soll es um die Ferkelkastration, den Schenkelbrand und die Zirkustiere gehen. Dort will sie unseren Antrag im Bundesrat zur Haltung von Wildtieren im Zirkus und deren Bedingungen prüfen.

Man muss sehen, dass solche Initiativen zustande kommen, ist Ergebnis der intensiven Diskussionen, die von Rheinland-Pfalz aus im Hinblick auf den Bundesrat, aber auch der Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit und der Arbeit des Parlaments mit geführt werden.

Bislang – um zu den Eiern zu kommen – können Verbraucherinnen und Verbraucher zwar beim Kauf von Frischeiern eine Entscheidung zugunsten einer tiergerechten Haltung treffen. Auf den Eiern steht 0, 1, 2, 3. 0 ist die Ökohaltung, 3 ist die aus den Käfigen, die man nicht kaufen sollte.

Beim Kauf von Lebensmitteln, welche Eierprodukte enthalten, ist dies aber nicht möglich. Grund dafür ist, dass es bislang keine verbindliche Kennzeichnungspflicht für die Herkunft der verarbeiteten Eier gibt.

Die Datengrundlage für eine solche Kennzeichnung wäre inzwischen vollständig vorhanden.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Nicole Müller-Orth und Anna Neuhoﬀ wie folgt:

Zu Frage 1: Welche Initiativen strebt die Landesregierung auf Bundesebene zur Kennzeichnungspflicht eierhaltiger Lebensmittel sowohl bei verarbeiteten Lebensmitteln wie auch in der Gastronomie an?

Das sind übrigens alles Antworten gemeinsam mit dem Verbraucherschutzministerium.

Die Landesregierung wird einen Entschließungsantrag in die 891. Sitzung des Bundesrates einbringen – wir lassen keinen Bundesrat aus –, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung so zu ändern, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher auch auf den Fertigpackungen die Haltungsformen, aus der die verarbeiteten Eier und Eiprodukte stammen, erkennen können. Es ist so, dass bei den Nudeln und Gebäcken bislang eine solche Erkennungsmöglichkeit nicht vorhanden ist.

Wichtig ist dabei, dass das eingeführte und den Verbrauchern bekannte Codesystem benutzt wird.

Diese Kennzeichnung soll für Fertigpackungen gelten, aber nicht, zumindest nicht im ersten Schritt, für die Gerichte, die von der Gastronomie direkt an die Endverbraucher abgegeben wird. Hier setzt die Landesregierung in einem ersten Schritt auf die Freiwilligkeit.

Wir sehen uns hier in einer engen Verbindung zu den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Es hat im April dieses Jahres eine Emnid-Umfrage gegeben, in der 80 % der Verbraucherinnen fordern, dass die Kennzeichnung der Haltungsformen bei verarbeiteten Eiern angegeben wird.

Zu Frage 2: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich europaweit für tiergerechte Haltungsstandards und eine europäische Kennzeichnungspflicht einzusetzen? – Die Landesregierung wird auch auf der EU-Ebene entsprechende Entschließungsanträge einbringen. Der Grund dafür ist, dass selbst die niedrigeren EU-Standards für die Hennenhaltung von einigen Mitgliedsländern nicht eingehalten werden.

Die EU-Kommission sieht keine Veranlassung einzugreifen, sondern hat sogar die Absicht, diese Rechtsbrüche für eine Übergangszeit auch noch zu tolerieren. Das ist natürlich eine sehr miserable Situation, übrigens für die Wirtschaft selbst, die sich hier zu Recht beklagt; denn dann können selbst Eier aus unrechtmäßigen Käfighaltungen in Verarbeitungsware gelange. Umso wichtiger ist unsere Initiative zur Kennzeichnungspflicht der verarbeiteten Produkte, und zwar unabhängig davon, ob diese Eier nun aus Deutschland, anderen Ländern der EU oder Drittländern kommen.

Insofern sieht die Landesregierung in dem Entschließungsantrag, sich von Bundesseite erfolgreich für eine Anhebung der Tierschutzstandards für Legehennen auch auf EU-Ebene einzusetzen, einen Beitrag, dabei den Wettbewerbsverzerrungen für die Wirtschaft entgegenzuwirken.

Zu Frage 3: Da geht es darum, welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, im Bundesrat die Erkenntnisse des Tierschutzes zur artgerechten Legehennenhaltung auch bei der Produktion von Eiprodukten durchzusetzen.

Tatsächlich ist es der Henne ziemlich egal, ob sie nun Eier für den Konsum oder für die Verarbeitungsprodukte legt. Das Tierschutzgesetz verlangt, dass den Tieren bei keiner zulässigen Haltungsform Schmerzen, Leiden oder Schäden entstehen. Da müssen wir sehen, dass die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht gestellt hat, bei Weitem noch nicht erfüllt sind.

Die jetzige Forderung nach einer Herkunftsbezeichnung soll den Verbrauchern die Möglichkeit eröffnen, bevorzugt tiergerechte Haltungsformen nachzufragen, so wie sie das bei den Konsumeiern machen. Die überwiegende Mehrzahl der Discounter hat die Käfigeier schon lange ausgelistet. Bereits im Jahr 2009 stammten nur noch 30 % der Konsumeier aus Käfighaltung. Hier gibt es tatsächlich eine entsprechende Kaufentscheidung der Konsumenten.

Darüber hinaus hat sich die Landesregierung im Bundesrat anlässlich der Beratung über die künftigen Haltungsanforderungen für Legehennen für eine Verbesserung der Tierschutzstandards eingesetzt. Die Bundesregierung hatte Übergangsfristen für die als nicht tiergerecht geltenden Kleingruppenkäfighaltungen bis 2035 vorgesehen.

Diesem wirtschaftsnahen, aber tierschutzfernen Anliegen hat der Bundesrat nicht zugestimmt. Die Bundesregierung hat angekündigt, keinen neuen Verordnungsentwurf vorzulegen. Das ist eine Situation, die im Hinblick auf die Wirtschaft unhaltbar ist. Wir werden uns bemühen, dass sich die Bundesländer einigen und wir zu tiergerechteren Lösungen kommen.

Zu Frage 4: Die Landesregierung sieht einen Informations- und Aufklärungsbedarf bei Flüssigeiprodukten, da bei diesen Produkten den Verbrauchern bislang wenig bewusst ist, aus welchen Haltungsformen die in den Lebensmittel verarbeiteten Eier stammen. Deswegen werden wir uns gemeinsam an den Ernährungsaufklärungs- und Ernährungsbildungsmaßnahmen beteiligen und die Verbraucherinnen und Verbraucher sensibilisieren.

**Präsident Mertes:**

Gibt es Zusatzfragen? – Herr Kollege Hürter hat das Wort.

**Abg. Hürter, SPD:**

Frau Staatsministerin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. In der Begründung bzw. in den Fragen der GRÜNEN wird von „Schmerzen, Leiden oder Schäden“ der Tiere gesprochen. Eine ganze Reihe von Auswirkungen der Käfighaltung auf Tiere sind bekannt. Trotzdem sind die Fristen, die von der Bundesregierung bisweilen aus Vertrauensschutzgründen vorgegeben werden, sehr lang. Vielleicht können Sie ganz kurz, um die Dringlichkeit dieses Themas zu unterstreichen, plastisch die Schäden beschreiben, die bei den Tieren organisch und beim Verhalten eintreten.

**Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Das ist jetzt nicht meine persönliche Auffassung, sondern es gibt Gerichtsentscheidungen, die genau belegt haben, wie eine tiergerechte Haltung für Legehennen auszusehen hat. Das enthält elementare Dinge wie Nestbau, die Möglichkeit, mit den Flügeln zu schlagen oder sich zu bewegen. In jahrelanger Kleinarbeit sind diese Erkenntnisse mit dem Ergebnis zusammengetragen worden, dass die Vorschläge der Bundesregierung zu Kleingruppen und zu den sogenannten ausgestalteten Käfigen diese Bedingungen nicht erfüllen. Die herkömmlichen Käfige erfüllen diese Bedingungen erst recht nicht.

Deutschland hat seit 2010 die Haltung von Legehennen in konventionellen Käfigen, den Legebatterien, verboten. Wie gesagt, diese ausgestalteten Käfige bzw. Kleingruppen bieten nur ein ganz bisschen mehr Platz, sozusagen einen Bierdeckel mehr zu der DIN-A4-Seite, die in den alten Legebatterien als Lebensraum für ein solches Tier vorgesehen waren. Sitzstangen, Legenester oder Einstreu, all das ist darin noch nicht richtig unterzubringen.

Es gibt die von Rheinland-Pfalz getragene Forderung des Bundesrates, eine bedeutend kürzere Übergangsfrist zu vereinbaren, damit dieses Tierleid nicht verlängert wird.

In der EU werden die konventionellen Batteriekäfige erst ab 1. Januar 2012 abgeschafft. Das ist der Hintergrund, dass wir sagen, wir müssen mit Herkunftskennzeichnun-

gen darauf hinwirken, dass den Konsumenten bewusst wird, welche Produkte sie kaufen. Mit ihrer Kaufentscheidung können sie auch eine Entscheidung für den Tierschutz treffen.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Schäfer.

**Abg. Frau Schäfer, CDU:**

Frau Ministerin, wie soll die Kennzeichnung eierhaltiger Lebensmittel Ihrer Meinung nach konkret aussehen?

**Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Wir haben einen konkreten Vorschlag in den Bundesrat eingebracht, mit dem wir sagen, dass die gleiche Codierung benutzt werden soll, die bei den Konsumeiern verwendet wird. Den verarbeitenden Unternehmen ist die Herkunft ihrer Produkte bekannt.

Wir haben Spielraum gelassen, um die Informationsmöglichkeiten bei Mischprodukten entsprechend gesetzlich zu regeln, ohne damit nicht erfüllbare bürokratische Anforderungen an die Wirtschaft zu stellen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Neuhof.

**Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Ministerin, hinter dem Thema „Kennzeichnung eierhaltiger Lebensmittel“ verstecken sich nicht nur die nationale Komponente und der ressortübergreifende Tier- und Verbraucherschutz, sondern durchaus auch die europäische Komponente. Gibt es belastbare Zahlen über die Eiproduktion in verarbeiteten Lebensmitteln bezüglich Produktionszahlen und Einfuhrzahlen, oder können diese nachgereicht werden? Ich habe das Gefühl, dass diese Zahlen sehr hoch sind.

**Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Tatsächlich wird nur ein geringer Teil der erzeugten Eier frisch konsumiert. Der größere Teil wird verarbeitet und auch importiert. Das ist der Grund auch aus Standorterwägungen, dass wir sagen, wenn sich unsere Wirtschaft um eine tiergerechte Haltung bemüht, dann soll das entsprechend kommuniziert und unterstützt werden. Insofern ist diese Regelung der Kennzeichnung der verarbeiteten Produkte überfällig.

Genauere Zahlen für Rheinland-Pfalz kann ich nachreichen. In Rheinland-Pfalz haben wir einen Selbsterzeugungsgrad von unter 20 %. Wir haben ein großes Interesse, die heimische Geflügelwirtschaft zu stärken, die

sehr weitreichende Anstrengungen unternimmt, tiergerechte Haltung zu etablieren.

**Präsident Mertens:**

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Wehner.

**Abg. Wehner, SPD:**

Frau Ministerin, wir stehen im Moment vor der Sachlage, dass einerseits die Bundesregierung bzw. die Landwirtschaftsministerin angekündigt hat, keinen neuen Verordnungsvorschlag vorzulegen, andererseits dass zum 1. April nächsten Jahres die Frist ausläuft, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat. Können Sie ein Szenario beschreiben, was zu tun ist, wenn es nicht zu einer Einigung kommt? Was ist dann zu tun, oder welche Auswirkungen wären zu erwarten?

**Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Ich finde das eine ziemlich unmögliche Blockade- und Verweigerungshaltung der Bundesregierung, das klar auf dem Tisch liegende Problem zu lösen. Im Bundesrat war deutlich, dass der Vorschlag über diese Übergangsregelung für eine nicht tiergerecht beurteilte Haltung keine Mehrheit gefunden hat. Das war deutlich. Auch bei Wiederholung der Abstimmung haben sich die Bundesländer so entschieden.

Auf der Agrarministerkonferenz haben wir uns verständigt, dass wir als Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Land Niedersachsen versuchen, eine Lösung zu finden und sozusagen der Bundesregierung ein Stück weit die Arbeit abzunehmen, die sie offenbar nicht leisten will.

Es geht darum, dass wir als Land Rheinland-Pfalz vorgeschlagen hatten, steuerliche Abschreibungsfristen von rund acht Jahren vorzusehen. Das ist für das Land Niedersachsen nicht lang genug. Wir versuchen, eine Möglichkeit zu finden, uns zu einigen. Wenn das nicht zustande kommt, wird es möglicherweise unterschiedliche Bedingungen in den einzelnen Bundesländern geben, was ich für ziemlich lächerlich halte. Wir haben so ähnliche Geschichten schon einmal bei den Kampfhunden gehabt. Ich meine, das kann man weder der Wirtschaft noch den Verbrauchern zumuten.

**Präsident Mertens:**

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schmitt.

**Abg. Schmitt, CDU:**

Frau Ministerin, hat die Landesregierung einmal eruiert, welche zusätzlichen Kosten auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft zukämen, wenn Sie eine solche zusätzliche Kennzeichnungspflicht einführen würden? Welche Belastungen kämen insbesondere auf die Gastronomie zu,

in der viele Eier verarbeitet werden? Welche zusätzliche Bürokratie und welche zusätzlichen Kosten müsste man der Gastronomie aufbürden, damit sie die Informationen an den Verbraucher geben kann?

**Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Ich meine, wir sollten uns gemeinsam darauf verständigen, dass wir unsere Lebensmittel wertschätzen. Lebensmittel, die wir wertschätzen können und wollen, können nicht unter Tierleid erzeugt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir möchten, dass die Arbeit unserer bäuerlichen Betriebe unterstützt wird, müssen die Produkte, die dort erzeugt werden, im Sinne des Abnehmers, des Kunden sein. Deshalb habe ich zu Anfang aus der Umfrage von Emnid – nicht irgendwer – zitiert, wonach die Zustimmung bei 80 % liegt und gefordert wird, die verarbeitenden Produkte zu kennzeichnen. Letztendlich ist der Kunde König. Das muss auch für die Landwirtschaft und deren Produkte gelten. Wir sehen an den Entscheidungen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher bei Frischeierprodukten treffen, dass sie das wollen.

Ich will auch noch etwas zu den Mehrbelastungen sagen. Wir haben kürzlich die Umfrage von Nordrhein-Westfalen zur Antibiotikabelastung der Geflügelprodukte erlebt. Die Antibiotikabelastung steht nun einmal in einem engen Zusammenhang zur Haltungsform und den Haltungsbedingungen. Man kann das nicht schwarz-weiß sehen. Man kann auch in einem Stall – ich sage einmal – Mist machen, ohne dass es da Käfige gibt. Das ist nicht die Frage. Wenn wir aber eine Situation haben, in der die Antibiotikabelastung derartig hoch ist, dass die Gesundheitsministerin vermutlich ihre Kommentare dazu abgeben wird, ist klar, dass wir an diesem System etwas ändern müssen. Da ist es wichtig, dass wir Qualität und die Möglichkeit, die Wünsche der Verbraucher einzubeziehen, enger miteinander verknüpfen können.

**Präsident Mertens:**

Meine Damen und Herren, die Mündliche Anfrage ist damit beantwortet.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich verlängere die Fragestunde nach der Geschäftsordnung um eine weitere Mündliche Anfrage, weil die Landesregierung – – –

– Ich stelle fest, wann die Mündliche Anfrage beantwortet worden ist. Ich meine, Sie ist beantwortet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ingeborg Sahler-Fesel und Bettina Brück (SPD), Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren – Nummer 8 der Drucksache 16/664 –** betreffend, auf.

Wer trägt vor? – Frau Brück.

**Abg. Frau Brück, SPD:**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist die Betreuungsquote von Kindern in Rheinland-Pfalz nach Kenntnis der Landesregierung im Ländervergleich und wie hat sie sich von 2006 bis heute entwickelt?
2. Wie verteilen sich die U3-Plätze auf die jeweiligen Gruppen (Krippengruppen, altersgemischte Gruppen, Kindergartengruppen, Haus für Kinder-Gruppen) und auf die Tagesbetreuung?
3. Welche Maßnahmen werden seitens des Landes in welchen Schritten ergriffen, um die Vereinbarungen des Krippengipfels zu erfüllen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung Forderungen nach einem neuen Krippengipfel?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Alt.

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ingeborg Sahler-Fesel und Bettina Brück beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Gemäß der aktuellen amtlichen Statistik vom Stichtag 11. März 2011 – ausweislich der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 8. November 2011 – beträgt die Betreuungsquote für die unter Dreijährigen im Bundesdurchschnitt aktuell 25,4 % in Kitas und Kindertagespflege. In Rheinland-Pfalz gab es bundesweit den höchsten Zuwachs bei der Betreuungsquote für U3-Kinder um 4,5 Prozentpunkte von 20,3 % auf 24,8 % am Stichtag 11. März 2011.

Die Betreuungsquote in Rheinland-Pfalz hat sich wie folgt entwickelt:

2006: 9,4 %  
 2007: 12 %  
 2008: 15 %  
 2009: 17,5 %  
 2010: 20,3 %  
 2011: 24,8 %

Zu Frage 2: In Ergänzung zu der in der amtlichen Statistik erfassten Bundesbetreuungsquote für die Dreijährigen als Zählergebnis ermöglicht die interne Auswertung der Daten der Genehmigungsdatenbank des Landesjugendamtes eine Aussage zu den in den rheinland-pfälzischen Kindertageseinrichtungen genehmigten Plätzen insgesamt und damit zur sogenannten Versorgungsquote.

Die letzte Auswertung erfolgte zum Stichtag 1. August 2011 und ergab zu dem Zeitpunkt ein Angebot von 28.153 genehmigten U3-Plätzen. Dies entspricht einem aktuellen Versorgungsangebot an Plätzen für unter Dreijährige von 29,3 %. Diese 28.153 U3-Plätze teilen sich wie folgt auf die unterschiedlichen Gruppenstrukturen auf: 4.951 Plätze in Kinderkrippen, 14.625 Plätze in Kindergartengruppen, 6.989 Plätze in kleinen altersgemischten Gruppen und 217 Plätze in Häusern für Kinder. Hinzu kommen 1.371 U3-Plätze über die sogenannte Geringfügigkeitsregelung.

Zum Bereich der Tagespflege ist anzumerken, dass eine Auswertung zu den Plätzen dieser Altersgruppe in der öffentlich geförderten Kindertagespflege nur über die Betreuungsquote der amtlichen Statistik erfasst ist. Zum Stichtag 1. März 2011 gab es in Rheinland-Pfalz eine Betreuungsquote von 1,9 %. Das sind 1.818 Kinder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege.

Zu Frage 3: Bereits mit dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ hat das Land Rheinland-Pfalz seit 2005 den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren massiv forciert. Insgesamt handelt es sich bei der Entwicklung des Ausbaus der Plätze in Rheinland-Pfalz um eine bis in das Jahr 1991 zurückreichende kontinuierliche Fortführung, da seinerzeit im Rahmen des neuen Kindertagesstättengesetzes erstmals eine freiwillige, über das Gesetz hinausgehende investive Förderung eingerichtet wurde.

Folgende Maßnahmen sind seitens des Landes zur Unterstützung der Träger begründet worden.

1. Der im Rahmen der Konnexität als Mehrbelastungsausgleich für jeden betreuten Zweijährigen gezahlte Betreuungsbonus.
2. Die Kinderkrippen werden seit 2005 mit 45 % statt 35 % vom Land gefördert.
3. Der Trägeranteil für das Zusatzpersonal bei geöffneten Kindergartengruppen wurde übernommen.
4. Die Personalkostenanteile der freien Träger wurden gesenkt, um einen Anreiz für den weiteren Ausbau zu bieten.
5. Seit August 2010 ist der Besuch eines Kindergartens für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr beitragsfrei, was eine zusätzliche Dynamik begründet und stufenweise seit 2006 eingeführt wurde.
6. Fixierung der gemeinsamen Rahmenbedingungen und Eckpunkte mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Abwicklung der Investitionskosten im Bund-Länder-Programm.
7. Fachlich-inhaltliche Begleitung von Erzieherinnen und Erziehern beim Einstellen auf die Veränderungen durch Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Landesfortbildungsprogramms.

Zu Frage 4: Die Landesregierung unterstreicht die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für einen bedarfsgerechten qualitativen und

quantitativen Ausbau des U3-Betreuungsangebotes. Heute wissen wir, dass die 2007 vereinbarte Grundlage für den sogenannten U3-Ausbau bis 2013, der bundesweite durchschnittliche Bedarf von 35 % der unter dreijährigen Kinder, durch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Kindertagesbetreuung nicht mehr den aktuellen Bedarfsberechnungen entspricht. Auch der Anteil der Kindertagespflege am gesamten Ausbau bleibt hinter den damaligen Annahmen in den meisten Bundesländern deutlich zurück.

Die Jugendministerkonferenz der Länder vom Mai 2011 fordert deshalb mit einem Beschluss von 16 : 0 den Bund auf, kurzfristig die Länder und Kommunen zu Gesprächen über die veränderten Annahmen zum Ausbaubedarf und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zur Umsetzung des U3-Ausbaus einzuladen. Aus der Sicht der Landesregierung Rheinland-Pfalz wäre es deshalb wichtig und wünschenswert, wenn wir einen weiteren Krippengipfel haben könnten, um diese Entwicklungen miteinander zu besprechen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage von Frau Kollegin Brück.

**Abg. Frau Brück, SPD:**

Frau Staatsministerin, es gibt die Möglichkeit des sogenannten Betreuungsbonus. Würden Sie bitte erklären, wann der Betreuungsbonus gezahlt werden kann?

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Der Betreuungsbonus wird bezahlt, wenn eine bestimmte Quote in einer Kommune erreicht wird. Bei dem Betrag wird differenziert. Zunächst einmal sind es etwas über 1.000 Euro. Wenn über 40 % abgedeckt sind, bekommt man einen zusätzlichen Betreuungsbonus von 4.000 Euro pro Kind, sodass es für die Kommunen einen Anreiz gibt, den Ausbau zu forcieren, weil sie für jedes Kind, das über der Quote liegt, dieses Geld vom Land bekommen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Huth-Haage.

**Abg. Frau Huth-Haage, CDU:**

Frau Ministerin, eine große Herausforderung beim U3-Ausbau sind sicherlich auch die baulichen Maßnahmen. Hierzu gibt es Bundesmittel. Könnten Sie einmal ausführen, wie sich das Land an den baulichen Maßnahmen beteiligt?

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Wir haben bis 2013 das Investitionsprogramm des Bundes. Das werden wir ausschöpfen. Im Moment sind 89 % der Bundesgelder soweit beschieden, Stand November/Dezember. Es sind aber erst 40 % der Gelder abgeflossen. Insofern sind wir noch auf dem Weg der Abarbeitung.

Wir werden ab dem Jahr 2014 entsprechende Landesgelder in den Haushalt stellen, wenn das Bundesprogramm beendet ist.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Brück.

**Abg. Frau Brück, SPD:**

Frau Staatsministerin, wie werten Sie die Tatsache, dass im Zuge des U3-Ausbaus die kommunalen Träger bzw. die Träger der Kindertagesstätten insgesamt auch Veränderungen und Verbesserungen tätigen, die in den Bereich der Sanierung von Kindergartenbauten einzuordnen sind? Ist die Sanierung eine Frage, die den U3-Ausbau betrifft oder das generelle Selbstverständnis der kommunalen Selbstverwaltung im Kindergartenbereich anbelangt?

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Die Frage der Sanierung ist eindeutig geregelt. Die Frage der Sanierung liegt in der Hand der Träger. Unsere Unterstützungsmöglichkeiten gehen dahin, dass wir jeden neu geschaffenen Platz oder jede neu geschaffene Gruppe unterstützen. Da fließen die Fördergelder. Im Rahmen der Sanierung ist festgelegt, dass vonseiten des Landes keine Gelder fließen können.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Huth-Haage.

**Abg. Frau Huth-Haage, CDU:**

Frau Ministerin, halten Sie das Programm des Bundes für ausreichend? Könnten Sie noch einmal genau die Zahlen oder die Summe beziffern? Wird das Land diese Mittel im selben Umfang in den Haushalt einstellen?

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Ich hatte es bereits gesagt, das Programm läuft bis 2013, 89 % sind beschieden. Das ist schon eine ganz gute Quote. In den Jahren 2012 und 2013 kann es noch weitergehen. Der Mittelabfluss liegt bisher bei 40 %.

Wenn Sie jetzt noch einmal richtige Zahlen im Sinne von Euro haben wollen, würde ich Ihnen das nachreichen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Kohnle-Gros.

**Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:**

Frau Ministerin, wir sprechen alle von diesem Versorgungsgrad von 35 %, den wir im Augenblick haben, da über das Milliardenprogramm des Bundes entsprechende Mittel in den Bereich der Baumaßnahmen fließen. Nach der Hälfte des Jahres 2013 tritt der Rechtsanspruch in Kraft. Können Sie mir zustimmen, dass Experten jetzt schon sagen, dass dieser Versorgungsgrad von 35 % übertroffen werden kann, wenn die Eltern auf diesen Rechtsanspruch reagieren? Wie reagieren wir von der Politik und insbesondere Sie im Land auf diese Situation?

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Die Marschrichtung sind die 35 %. Das Deutsche Jugendinstitut hat beispielsweise eine Zahl genannt. Es sagt, mit dem Rechtsanspruch 2013 wird es in Richtung 39 %ige Bedarfsquote gehen. Wir teilen diese Auffassung, sind aber der Meinung, dass wir im Land Rheinland-Pfalz sehr gut aufgestellt sind. Wir glauben, dass wir die 35 % in jedem Fall erreichen werden, da wir derzeit schon bei 29,5 % sind, und vielleicht noch darüber hinaus kommen.

Für uns wird es so sein, dass jedes Kind, das einen Rechtsanspruch hat, auch einen Platz bekommt. Ansonsten gilt auf jeden Fall, dass wir weiterhin ausbauen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Dickes.

**Abg. Frau Dickes, CDU:**

Frau Ministerin, bei uns vor Ort gibt es mittlerweile mehrfach Probleme, dass Kommunen nicht in der Lage sind, aufgrund der finanziellen Belastung, der sie ausgesetzt sind, Kindertagesstätten zu erweitern, um ausreichend Plätze für die U3-Betreuung zu schaffen. Was würde Ihrer Meinung nach passieren, wenn die Kommunen aus finanziellen Gründen dazu nicht in der Lage sind? Welche Unterstützung können diese Kommunen vom Land erwarten, damit sie ihrer Verpflichtung nachkommen können?

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Dass es für die Kommunen zurzeit überall finanziell nicht einfach ist, ist unbestritten. Meine Erfahrung ist aber

schon, dass wir bisher in allen Kommunen die Bedarfe gut gedeckt haben und gut vorangekommen sind, auch mit dem Ausbau.

Wir stehen mit dem Landesjugendamt für individuelle Gespräche zur Verfügung, damit man in einer Region, in einer Gemeinde nachschaut. Ich hatte gerade mit einem Landrat ein Gespräch, der viele kleine Gemeinden mit eingruppierten Kindertagesstätten hat. Wir konnten in jeder Gemeinde eine gute Lösung finden, dass wir das Angebot mit einer sehr guten Bedarfsabdeckung erweitern können. Ich glaube, dass wir das hinbekommen.

Ansonsten sind die Bezuschussungs- und die Fördermöglichkeiten klar. So sind sie festgelegt: 4.000 Euro pro Platz für die Zweijährigen, dann gibt es noch einmal eine Förderung für eine neu eingerichtete Gruppe. Die Maßgaben sind klar.

Wenn es irgendwo Probleme gibt, stehen wir gerne zur Verfügung. Bis jetzt konnten wir die Probleme, die an mich herangetragen worden sind, individuell mit dem Landesjugendamt klären und lösen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Klöckner.

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Frau Ministerin, was machen Sie, wenn tatsächlich alle diejenigen, die einen Rechtsanspruch haben, ihn ab Juni oder Juli 2013 in Anspruch nehmen wollen?

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das ist doch gut!)

– Nein, ich frage ja. Man kann doch einmal fragen.

Halten Sie diesen Rechtsanspruch für problematisch?

(Heiterkeit der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

**Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Ich halte den Rechtsanspruch nicht für problematisch, ich halte ihn für die Familien und die Kinder für sehr gut. Ich gehe nicht davon aus, dass 100 % aller Jahrgänge den Rechtsanspruch wahrnehmen. Man muss auch sehen, U 3 bedeutet die Jahrgänge null bis eins, eins bis zwei und zwei bis drei. Wir wissen heute schon, dass das ganz differenziert betrachtet werden kann.

Natürlich haben wir bei dem Jahrgang zwei bis drei eine viel höhere Bedarfsnachfrage, weil es ein beitragsfreier Platz ist. Das ist das, was eine zusätzliche Dynamik ausgemacht hat. Das hatte ich vorhin gesagt. Wir gehen nicht davon aus, dass die Ein- bis Zweijährigen in dem großen Umfang kommen werden wie die Zwei- bis Dreijährigen. Bei den Null- bis Einjährigen stellt es sich noch einmal anders dar. Insofern glauben wir, dass wir den Rechtsanspruch erreichen können. Ich glaube auch,

dass wir für jedes Kind, das einen Bedarf hat, einen Platz finden bzw. einrichten können.

**Präsident Mertens:**

Meine Damen und Herren, damit ist die Mündliche Anfrage und die Fragestunde beantwortet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine Damen und Herren, es war die letzte Fragestunde in diesem Jahr. Es ist Anlass für mich, in aller Freundschaft auf den § 98 hinzuweisen.

Zum einen hat die Regierung fünf Minuten Zeit. Was darüber hinausgeht, muss ich und werde ich grundsätzlich an die Fragestunde anhängen.

Zum Zweiten, wenn die Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament Anfragen stellen, die eher einer Berichterstattung im Ausschuss gleichen, müssen wir uns nicht wundern, wenn wir entsprechende Antworten bekommen. Das heißt, dass sie dann länger als fünf Minuten sein werden.

Ich verweise dabei auf die Regeln, die wir uns gestern gegeben haben, die aber schon uralte sind. Das heißt, in Zukunft bitte ich Sie, sich alle zu besinnen und an die Geschäftsordnung zu halten, sonst werden die Fragestunden verlängert. So steht es in der Geschäftsordnung.

Umgekehrt ergeht die Bitte, die Fragen so zu formulieren, dass sie nicht gerade lexikalisch wirken, wie die eine oder andere, die wir heute gehört haben. Insoweit danke schön für Ihre Beteiligung an den Fragestunden und danke für die Antworten.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, aber nicht ohne zuerst auf der Zuschauertribüne Mitglieder des Spargel- und Gartenbauvereins Dudenhofen zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich als Gäste ebenfalls Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Martin-Butzer-Gymnasiums Dierdorf. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe jetzt **Punkt 25** der Tagesordnung auf:

**Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum Juli 2010 bis Juli 2011  
Bericht der vom Landtag Rheinland-Pfalz entsandten Mitglieder des Ausschusses der Regionen**  
– Drucksache 16/405 –

Die vereinbarte Grundredezeit beträgt zehn Minuten.

Herr Abgeordneter Klöckner, bitte.

**Abg. Klöckner, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihnen allen ist der Bericht des Ausschusses der Regionen zugegangen, der dessen Arbeit und Arbeitsergebnisse im Zeitraum Juli 2010 bis Juli 2011 widerspiegelt.

Da ich davon ausgehe, dass die Mitglieder dieses Hohen Hauses ihn gründlich gelesen haben, werde ich mich in meinem Vortrag auf die wesentlichen Punkte beschränken und auf einige Schwerpunkte konzentrieren.

Nach wie vor besteht bei vielen immer noch ein Informationsdefizit über den AdR. So lassen Sie mich zu Beginn einige Worte über dieses Gremium sagen, auch in Anbetracht der anwesenden Gäste.

Der AdR ist ein Organ in der Europäischen Union, dem 344 Vertreterinnen und Vertreter aus regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften der 27 EU-Staaten angehören. Er hat nur eine beratende Funktion, trifft also keine verbindlichen Entscheidungen. Er muss aber im Rahmen der Rechtssetzungsverfahren bei Fragen angehört werden, die die kommunale und regionale Verwaltung betreffen. Er erarbeitet Stellungnahmen, die sowohl der Europäischen Kommission als auch dem Europaparlament zugeleitet werden.

Von den 24 deutschen Vertretern stellt jedes Bundesland je ein Mitglied, fünf weitere werden im Rotationsverfahren zugeteilt, und drei weitere sind Vertreter des kommunalen Bereichs.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

In dieser Legislaturperiode ist Rheinland-Pfalz eines der Bundesländer, die ein zweites Mitglied stellen. Dies waren bis zum 18. Mai 2011 Herr Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär und ich, Vertreter waren Frau Staatssekretärin Jacqueline Kraege und Frau Abgeordnete Nicole Morsblech. Nach der Regierungsumbildung ist Frau Staatsministerin Margit Conrad an die Stelle von Dr. Karl-Heinz Klär getreten, ich bin weiter im Amt geblieben. Neue Stellvertreter sind nun Frau Staatsministerin Ulrike Höfken sowie der Abgeordnete Nils Wiechmann.

Mit Dr. Karl-Heinz Klär ist ein sogenanntes Urgestein des AdR aus dem Amt ausgeschieden, der dieses Gremium über viele Jahre entscheidend mitgeprägt hat. So war er über lange Zeit Mitglied im AdR-Präsidium und führte in den letzten zwei Jahren die Fraktion der SPE, in der sozialdemokratische, sozialistische, grüne und progressive Mitglieder vertreten sind. In einem entsprechenden Rahmen wurde er durch Frau Staatsministerin Conrad in Berlin verabschiedet. Er hat auch diesen Bericht entscheidend mitverfasst.

Die Bedeutung des AdR ist in den letzten Jahren erkennbar gewachsen. In früherer Zeit – so wurde mir berichtet – führte der AdR eher ein Dasein im Schatten des Europaparlaments. Ich wiederhole, was ich im letzten Jahr bereits vorgetragen habe, dass es ein ganz besonderes Ereignis war, wenn ein Mitglied der EU-Kommission einmal vor dem AdR erschien. Das ist heu-

te völlig anders. Es vergeht keine Sitzung, an der nicht ein EU-Kommissar teilnimmt; oftmals sind sie sogar zu zweit vertreten. Selbst bei Sitzungen der Fachkommissionen – so geschehen zuletzt am vergangenen Montag bei der Fachkommission COTER – nahmen die beiden Kommissare Johannes Hahn, zuständig für Regionalpolitik, und László Andor, zuständig für Beschäftigung, Soziales und Integration, teil.

Auch was die Stellungnahmen angeht, ist deren Stellenwert inzwischen gestiegen. Der Wirkungsgrad der AdR-Stellungnahmen war in der Vergangenheit nur schwer zu messen, da die Kommission und das Europäische Parlament nie explizit auf sie hingewiesen haben. Dies hat sich nunmehr geändert. Die neue Geschäftsordnung des AdR schreibt nun in ihrem Artikel 55 vor, dass der Generalsekretär jährlich mindestens einmal einen Bericht über die Resonanz der AdR-Stellungnahmen vorlegt, der auf der Grundlage von Kommissionsberichten sowie Dokumenten der Kommission, des Europäischen Parlaments sowie des Rates beruht. Auch eine Analyse der Medienresonanz gehört dazu.

Insgesamt 60 Stellungnahmen wurden in den jährlich fünfmal stattfindenden Plenarsitzungen beraten und beschlossen, die zuvor in den sechs Fachkommissionen erarbeitet worden sind. Dabei gab es im Berichtszeitraum drei Bereiche, denen der AdR Priorität eingeräumt hat: Das Thema „Umwelt, Klima und Energie“ gehört dazu; denn gerade im kommunalen und regionalen Bereich sind die Auswirkungen und Konsequenzen der veränderten Umwelt- und Klimabedingungen erkennbar.

Besondere Bedeutung kommt dem Klimaschutz als einem horizontalen politischen Handlungsfeld im künftigen EU-Haushalt zu. Deshalb sollen Klimaschutzbestimmungen im mehrjährigen europäischen Finanzrahmen unbedingt Berücksichtigung finden. Sie üben einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, die „Green Jobs“ sowie die soziale und territoriale Kohäsion aus. Da eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft Maßnahmen zur Energieeffizienz erneuerbarer Energien und effizienter Ressourcennutzung verlangt, sind langjährige Finanzplanungen dazu notwendig. Nach Ansicht des AdR sollen zur Finanzierung bereits vorhandene Instrumente aus dem Strukturfonds genutzt werden.

Im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik stand natürlich die Finanzkrise im Fokus der Arbeit. Bereits im Dezember 2010 legte Herr Dr. Klär als Berichterstatter eine Initiativstellungnahme vor zum Thema „Lehren der Finanzkrise für die Finanzaufsicht und die öffentlichen Finanzen“. Die äußerst kontroverse Debatte über Fragen einer Finanztransaktionssteuer sowie zum öffentlich-rechtlichen Status einer EU-Ratingagentur führte am Ende dazu, dass mit nur drei Stimmen Unterschied diese Stellungnahme abgelehnt wurde. Als Begründung wurde von einigen Teilnehmern der Bericht als zu politisch und über die Kompetenzen des AdR hinausgehend bezeichnet – eine Begründung, die nicht nur für mich nicht nachvollziehbar war.

In unserem Bericht haben wir auch auf die ideologisch geprägte Spaltung innerhalb des AdR bei dieser Frage hingewiesen. Ich bin mir sicher, dass in der derzeitigen

Situation wohl eine andere Entscheidung getroffen worden wäre.

Nennen möchte ich eine Stellungnahme, in der sich der AdR gegen den Vorschlag der Kommission ausgesprochen hat, über die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung Zahlungen aus dem Strukturfonds im Rahmen eines Verfahrens wegen übermäßigen Defizits einzufrieren. Von immenser Wichtigkeit ist für den AdR natürlich die Kohäsionspolitik. Es besteht ein Dissens zwischen dem AdR und der Kommission; denn der AdR stimmt nicht mit dieser darin überein, dass die Kohäsionspolitik nur der Umsetzung der EU-2020-Strategie dienen soll. Er fordert, die Kohäsionspolitik so finanziell auszustatten, dass ihre Ziele tatsächlich erreichbar sind.

Wichtig für unser Bundesland ist der Beschluss des AdR-Präsidiums, ein EVTZ-Netzwerk zu schaffen. EVTZ bedeutet Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit. In dieser Plattform sammeln sich die politisch Verantwortlichen und Verwaltungsfachleute der bereits eingerichteten und der sich noch im Aufbau befindlichen EVTZ sowie die Mitglieder der EVTZ-Sachverständigengruppe. Sie soll zu einer Effizienzsteigerung und breiteren Einsatzmöglichkeit der EVTZ führen. Außerdem gewährleistet der AdR die Online-Unterstützung des neu gestalteten EVTZ-Portals. Mit neuen Rubriken wird eine bessere Interaktivität hergestellt.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Open Days. Rheinland-Pfalz beteiligte sich auch im Berichtszeitraum wieder an dieser erfolgreichen und recht stark frequentierten Veranstaltung. Hier kommen Experten aus verschiedenen Fachgebieten – Politiker, Interessenvertreter, Entscheidungsträger sowie Vertreter der Wirtschaft – zusammen.

Mit zwei Workshops, die in der Brüsseler Landesvertretung durchgeführt wurden, schaffte Rheinland-Pfalz ein Forum, in dem über bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung in grenzüberschreitender Kooperation sowie unter dem Motto „Metropolregion Oberrhein gestalten – für einen aktiven grenzüberschreitenden Bürgerdialog“ diskutiert wurde.

Ich hatte die Möglichkeit, mit zwei Initiativen im AdR aufzuwarten: Das eine war eine Stellungnahme „Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum“. Dabei habe ich in Abstimmung mit dem Referat Schienenverkehr/ÖPNV – damals noch ressortierend beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, heute im Innenministerium – wesentliche Anliegen eingebracht. Auf meine Initiative hin enthält der AdR-Beschluss vom Januar 2011 die Forderung, dass die Wegegengelte des Zugbetriebs den Mehrkosten einer lärmindernden Ausrüstung der Güterwagen Rechnung tragen. Mit der uneingeschränkten Zulassung und einer breiten Anwendung sogenannter K-Bremssohlen stünde bereits eine Technologie zur Verfügung, die die Umrüstung der Bestandsgüterwagen auf lärmärmere Bremsen zu verhältnismäßig günstigen Kosten erlaubt. Ich denke, dies ist für alle, die im Mittelrheintal wohnen, eine nicht unwichtige Frage.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Weniger Erfolg hatte ich mit einer anderen Initiative. Es gibt immer sogenannte Studienreisen und -seminare, die eine Fachkommission durchführen kann. So habe ich mir erlaubt, eine Studienreise zur Bundesgartenschau vorzuschlagen unter dem Motto: „Die Buga 2011 in Koblenz – Beispiel für eine erfolgreiche regionale Entwicklung und Stadtentwicklung“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe auf das UNESCO-Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal hingewiesen sowie auf über 2.000 Jahre der Stadt Koblenz, ein interessanter Rahmen, den ich darbieten konnte. – Aber – wie so oft – es standen noch andere Vorschläge zur Verfügung,

(Glocke des Präsidenten)

und da die Reise im Sommer durchgeführt wurde, haben sich die Mitglieder doch für Umbrien entschieden. – Nun denn!

(Pörksen, SPD: Das verstehe ich überhaupt nicht!)

– Das kann ich auch nicht verstehen.

Herr Präsident, Sie erlauben mir noch ein Wort.

Was ich nicht gut finde, aber was wohl unvermeidlich ist, ist die Tatsache, dass die Plenarsitzungen des AdR oftmals mit Plenarsitzungen des Landtags kollidieren. Man kann das verstehen. Bei 27 beteiligten Staaten kann man das nicht so gut in den Griff bekommen. Aber wir haben entsprechende Vertretungsmöglichkeiten, sodass eine Präsenz von Rheinland-Pfalz immer gewährleistet ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Weiner das Wort.

#### **Abg. Weiner, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Tagesordnung sieht vor, dass die Mitglieder des AdR hier heute einen Bericht geben. Nun ist Herr Kollege Klöckner der einzige aktuell hier im Raum Befindliche, der einen Bericht geben kann. So ist es schwer, den vorliegenden Bericht zu kommentieren.

(Zuruf aus dem Hause: Frau Kraege!)

– Ja, selbstverständlich noch Frau Kraege als Vertreterin.

Ich möchte trotzdem ein paar Anmerkungen zu dem Bericht machen. In Wikipedia heißt es zur Zusammensetzung, zu der Herr Kollege Klöckner schon Etliches

gesagt hat: „Subnationale Akteure sind generell in den Prozess der Aufstellung einer solchen Liste“ – damit ist die Zusammensetzung des AdR gemeint – „integriert, aber nur in den föderalen Staaten (Belgien, Deutschland und Österreich) besteht dafür eine gesetzliche Basis. Die Kriterien für die Aufnahme sind geografischer und politischer Natur, d. h. es wird darauf geachtet, dass die Mitglieder aus verschiedenen Landesteilen kommen und die Parteienlandschaft widerspiegeln.“ Sie sollen die Parteienlandschaft widerspiegeln. So weit Wikipedia.

Was aber ist, wenn ein Land nur ein Mitglied entsendet? Wird es von der Regierungskoalition entsandt, oder steht es der stärksten Fraktion zu? Stellt die Regierung dann das Mitglied, die Opposition das stellvertretende Mitglied? Oder stellt die größte Partei das Mitglied, die zweitgrößte den Stellvertreter? Da sind viele Fragen offen.

Rheinland-Pfalz ist in der Periode 2010 bis 2015 nach dem Rotationsprinzip – Herr Klöckner hat es erwähnt – in der glücklichen Lage, zu den fünf deutschen Bundesländern zu gehören, die ein zweites Mitglied entsenden können. Da ist es egal, ob d'Hondt, Hare-Niemeyer oder das Schepers-Verfahren angewendet wird, um die Parteienlandschaft korrekt widerzuspiegeln. In jedem Fall wäre es angemessen, dass die größte und die zweitgrößte oder die Regierung und die Opposition in diesem Gremium vertreten sind.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das war so!)

Rheinland-Pfalz hat nun zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter, also vier Personen. In der letzten Legislaturperiode hatte die SPD die beiden Sitze. Bei den Stellvertretern gewährte sie einen der FDP-Opposition.

Jetzt aber ging die Postengier mit der rot-grünen Koalition vollends durch. Rot-Grün hat alle vier Positionen, die unserem Bundesland zustehen, also die ordentlichen Mitglieder und die Stellvertreter, komplett unter sich aufgeteilt.

Wikipedia hat also nicht immer recht, wenn es schreibt: Die Parteienlandschaft wird widergespiegelt. –

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Zu keinem Zeitpunkt seit der konstituierenden Sitzung des AdR im Jahre 1994 hatte je ein Mitglied der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktion die Gelegenheit, im AdR mitzuwirken.

Baden-Württemberg hingegen macht es jetzt besser. Dort haben SPD und CDU jeweils einen Vertreter im AdR. Es geht also auch fair, das auch unter Rot-Grün.

Da die CDU Rheinland-Pfalz im AdR weder in der Vergangenheit noch jetzt vertreten ist, können wir uns über die Arbeitsweise leider nur ein indirektes Bild machen. Nun haben wir einen Bericht vorliegen. Da muss man vorsichtig sein.

Da wir in diesem Hause gewohnt sind, dass sich die Landesregierung bzw. die Regierungsparteien stets in

überschwänglicher Weise gegenseitig auf die Schulter klopfen, wieso sollten wir also gerade diesen Bericht als eine objektive Ausnahme sehen? Herr Kollege Klöckner, Sie haben gesagt, in wesentlichen Teilen hat Herr Staatssekretär Klär den Bericht gestrickt.

(Pörksen, SPD: Ist er deswegen falsch?)

Die Indizien sprechen jedenfalls dagegen.

Auf Seite 2 kann man schon den Eindruck gewinnen, dass die SPE etwas unter sich ist. Es wäre noch komischer, wenn er das selbst geschrieben hätte. Da wird das Ausscheiden von Herrn Dr. Klär ausführlich beschrieben, bis hin zu Zitaten aus seiner Abschiedsfeier. Im Bericht heißt es wörtlich, dass er – ich zitiere – der europäischen Sozialdemokratie ein menschliches Gesicht gegeben habe und es ihm – ich zitiere erneut – „so erfolgreich gelungen ist, politisch linke und grüne Strömungen in einer Fraktion (...) zu vereinen.“ Ungewöhnlich ist so etwas in einem Bericht über die Arbeitsergebnisse. Ungewöhnlich ist auch, was in dem Papier nicht steht.

(Ernst, CDU: Das ist beim Bericht des Bürgerbeauftragten auch immer so gewesen!  
Der konnte das auch!)

Es steht nämlich nicht drin, in welchen Kommissionen die rheinland-pfälzischen Mitglieder mitgearbeitet haben oder an welchen Orten zumindest die Kommissionen des AdR getagt haben. Herr Kollege Klöckner, Sie haben einen Hinweis darauf gegeben. Dank Google kann man da aber noch ein bisschen mehr herausfinden. Der AdR trifft sich wohl meist in Brüssel, seine Kommissionen an wechselnden Tagungsorten quer durch Europa. Dabei sind die Fachkommissionen – Herr Kollege Klöckner hat es schon angedeutet –, was die Tagungsorte anbetrifft, sehr wählerisch.

Herr Kollege Klöckner, es ehrt Sie, dass Sie dafür gekämpft haben, dass eine Kommissionssitzung wenigstens einmal in Rheinland-Pfalz stattfindet. Das Beste, was Rheinland-Pfalz in diesem Jahr vorzuschlagen hatte, war die Bundesgartenschau in Koblenz. Dass das den Kommissionskollegen nicht gut genug war und sie lieber ins warme Umbrien nach Italien gingen, ist schade, aber nun einmal nicht zu ändern.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man von einem Gremium, welches vorwiegend beratende Funktion hat, nichts Weltbewegendes erwarten. Aber es ist allein aufgrund dieses leicht gefilterten Berichtspapiers schlichtweg nicht möglich, die Arbeit objektiv nachzuvollziehen.

Es ist auch ein Manko – Herr Klöckner hat es angesprochen –, dass die gesamte Arbeit des AdR betroffen ist. Auf Seite 16 in dem Bericht steht: Die Wirkung von AdR-Stellungnahmen war bisher schwer zu messen. –

Es ist durchaus zu begrüßen, dass in Zukunft eine Wirkungsanalyse erfolgen soll, um festzustellen, wie die Resolutionen und die über 60 Beschlüsse, die allein in einem Jahr gefasst wurden, ankommen und welche Wirkung sie erzielen.

Herr Kollege Klöckner, vielleicht sind 60 Beschlüsse in einem Jahr auch etwas zu viel. Vielleicht sollte der AdR da etwas mehr Schwerpunkte setzen.

Wir können dem Papier nur entnehmen, dass der AdR zu fast allen europäischen Fragen Empfehlungen beschlossen hat von A wie Agrarpolitik bis Z wie Zusammenarbeit mit Armenien und Aserbaidschan. Es sind 60 Stellungnahmen in einem Jahr.

Da nun einzelne herauszugreifen, fällt uns, die wir nicht mitwirken konnten, schwer. Herr Kollege Klöckner hat seine Schwerpunkte eingebracht. Immerhin – das konnte ich in Google feststellen –

(Pörksen, SPD: Sie sollen den Bericht lesen!)

sind die Tagesordnungen der Plenarsitzungen – es geht auch um die Arbeitsweise des Gremiums –, die in Brüssel stattfinden, sehr vollgestopft und erstrecken sich bis in den Abend hinein.

Es ist also keine reine Lustreise, an diesen Tagungen teilzunehmen, sondern ein hartes Arbeitsprogramm. Herr Kollege Klöckner, dafür wollen wir Ihnen unseren Respekt zollen.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Ich erteile Herrn Kollegen Wiechmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Weiner, Ihre Rede habe ich nicht so genau verstanden. Wollen Sie den AdR abschaffen? Das ist eigentlich die Quintessenz aus dem, was Sie gesagt und dabei versucht haben, die Arbeit dieses Gremiums zu diskreditieren.

(Ernst, CDU: Hat er das gesagt?)

Ich finde, das ist auch vor dem Hintergrund dessen, was wir in dem Bericht vorliegen haben, durchaus nicht angebracht.

(Frau Huth-Haage, CDU: Er hat Schwachpunkte angesprochen! –  
Pörksen, SPD: Das war eine ganz „Weiner-liche“ Rede!)

Herr Kollege Weiner, wenn Sie sich mit einem einzigen politischen und inhaltlichen Punkt auseinandergesetzt hätten, der in diesem Arbeitsbericht vorgekommen ist, wäre es gut gewesen.

(Ernst, CDU: War einer drin? –  
Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt sind wir einmal gespannt!)

Egal, ob es die Kohäsionspolitik ist, ob es die Umwelt-, Klima- und Wirtschaftspolitik ist, ob es die Sozialpolitik ist – zu all dem, was in dem Bericht steht, haben Sie nicht ein einziges Wort gesagt. Ich finde dies äußerst schade gerade vor dem Hintergrund, dass wir in Rheinland-Pfalz eine so wichtige Funktion im Kern Europas haben, auch in der Zusammenarbeit innerhalb der Regionen und innerhalb der Großregion, also mit Luxemburg, mit dem Saarland, mit der Wallonie oder im Oberrheinrat. Dass wir dort eine so zentrale Rolle spielen und spielen sollten, was die interregionale Zusammenarbeit angeht, sollte man auch wertschätzen. Das habe ich in Ihrer Rede vermisst.

Ich danke ausdrücklich – das sage ich ganz bewusst auch für meine Fraktion – den bisherigen Vertreterinnen und Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz in diesem Gremium. Insbesondere dem ehemaligen Staatssekretär Herrn Dr. Klär muss und sollte man für seine jahrzehntelange europapolitische Arbeit, die er in unserem Namen und im Namen von Rheinland-Pfalz verrichtet hat, noch einmal großen Dank und großen Respekt zollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ich darf seit September dieses Jahres als stellvertretendes Mitglied im AdR gemeinsam mit dem Herrn Kollegen Klöckner und den beiden Ministerinnen, Frau Conrad und Frau Höfken, die Interessen von Rheinland-Pfalz im AdR vertreten. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe und glaube, dass sie wichtig ist.

Wir brauchen auch vor dem Hintergrund der aktuellen Krise, die wir im Euro-Raum haben, eine Antwort. Diese muss heißen, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa brauchen. Wir wollen ein Europa der Regionen. Dafür braucht das Europa der Regionen auch eine Institution. Das ist der AdR.

Ich finde, deswegen sollten wir, anstatt möglichst viel Entscheidungsgewalt im Europäischen Rat oder in anderen intergouvernementalen Gremium zu bündeln, in denen weiterhin immer wieder nationale Interessen die Verhandlungstaktik bestimmen, zum einen die Stärkung der europäischen Organe wie des Parlaments und der europäischen Kommission nach vorne stellen und zum anderen auch die regionale und kommunale Ebene stärken. Das sind gerade die Regionen, die über nationale Grenzen hinweg eng miteinander verwoben sind. Ich habe schon die Großregion oder die Oberrheinregion angesprochen. Gerade diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit prägt Europa.

Deswegen ist es wichtig und richtig, dass diese Regionen in den europäischen Institutionen eine gewichtige Stimme haben, da drei Viertel der EU-Rechtsvorschriften auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden. Diese Stimme gibt ihnen der Ausschuss der Regionen, in dem die gewählten Mandatsträger der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Interessen jener Ebene vertreten, von der sie entsendet worden sind, und in dem Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte, Ministerinnen und Minister, Gemeinderäte, Landtagsabgeordnete oder andere regionale Abgeordnete einerseits die Interessen ihrer jeweiligen Gebietskörperschaft

wahrnehmen und andererseits auch gemeinsam sowohl partei- als auch regionenübergreifend kooperieren und die Anliegen der Regionen gegenüber der Europäischen Union vertreten.

Meine Damen und Herren, in dem vorliegenden Bericht werden die politischen Prioritäten im vergangenen Jahr sehr deutlich. Herr Kollege Klöckner hat es erwähnt. Dazu gehört die Umwelt-, Klima- und Energiepolitik, die in der Arbeit des AdR zu Recht einen zentralen Schwerpunkt eingenommen hat. Das zeigen die Stellungnahmen des AdR zum EU-Energieaktionsplan 2020, zu den Klimakonferenzen in Kopenhagen und Cancun sowie zur nachhaltigen Nutzung von Biomasse, um nur einige Punkte zu erwähnen.

Dieses Politikfeld der Klimapolitik ist davon geprägt, dass einerseits eine gemeinsame europäische Koordination dringend notwendig ist, da Klimaveränderungen vor nationalen Grenzen nicht haltmachen, und andererseits ein Großteil der Politik in diesem Bereich auf regionaler und kommunaler Ebene umgesetzt wird.

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt. Die Kohäsionspolitik war von der Diskussion um den 5. Kohäsionsbericht und den Schlussfolgerungen im Hinblick auf die zukünftige europäische Kohäsionspolitik nach 2013 geprägt. Das ist ein Thema, das uns auch im Landtag schon beschäftigt hat und in den kommenden Monaten noch stark beschäftigen wird.

Wir wollen eine europäische Kohäsionspolitik, die verstärkt und verbessert dem ökologisch nachhaltigen Wachstum, der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit sowie vor allem auch einer ökologischen Modernisierung der Industrie und dem Klimaschutz dient.

Meine Damen und Herren, der dritte Schwerpunkt, der in dem Bericht deutlich geworden ist, ist die Sozialpolitik. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, dass wir eine Stärkung der europäischen Sozialpolitik brauchen. Wenn wir nämlich mehr Akzeptanz und Beteiligung des europäischen Integrationsprozesses auch durch die Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen – das sollte unser gemeinsames Ziel sein –, dann müssen wir die EU noch viel stärker als bisher an den sozialen Belangen und Erwartungen der Menschen ausrichten.

Dabei geht es um faire Löhne und Gehälter, eine auskömmliche Alterssicherung und einen guten Gesundheits- und Arbeitsschutz. All das verdient mindestens die gleiche Aufmerksamkeit wie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Dazu gehören die Mitbestimmung und die angemessene Teilhabe der Beschäftigten am gesellschaftlich geschaffenen Reichtum – das ist für uns kein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit; das sollte auch europaweit sein –, ein gerechter Zugang zur Bildung für alle sowie eine gute berufliche und private Perspektive gerade für die Kinder und Jugendlichen und für unsere kommenden Generationen.

In allen europäischen Regionen muss das Ziel die proeuropäische Politik sein. Ich freue mich, dass ich mich als Mitglied der Fachkommission für Bildung, Jugend,

Kultur und Forschung im AdR diesem Themenkomplex in den kommenden Jahren intensiv widmen darf. Ich bin gern bereit und freue mich darauf, die Interessen dieses Hohen Hauses und der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz in Brüssel zu vertreten und werde mich dafür einsetzen und dem nachkommen, was der Kollege Weiner gesagt hat, nämlich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die nicht direkt im AdR vertreten sind, in Zukunft noch stärker darüber zu informieren.

Vielleicht besteht darüber hinaus die Möglichkeit, im Ausschuss für Europafragen und Eine Welt häufiger über die Arbeit des AdR zu berichten. Das ist mir ein Anliegen. Das wird auch ein Anliegen des Herrn Kollegen Klöckner sein. Dazu sind wir gern bereit. Lassen Sie uns gemeinsam diesen proeuropäischen Weg gehen, weil alle anderen Wege verbaut sein werden. Wir werden keine andere Chance haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Conrad das Wort.

#### **Frau Conrad, Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte zunächst den bisherigen Mitgliedern und Stellvertretern von Rheinland-Pfalz im Ausschuss der Regionen, insbesondere dem heutigen Berichterstatter, Herrn Dieter Klöckner, und auch meinem Vorgänger in dieser Funktion, Herrn Karl-Heinz Klär, ganz herzlich danken, der zu dem Urgestein des AdR geworden ist. Wir haben alle von seiner Arbeit sehr viel profitiert. Ein Dankeschön auch an Frau Staatssekretärin Kraege und Frau Morsblech, die früher die Stellvertreterinnen waren.

Ich will von hier aus gern ein Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Landesvertretung nach Brüssel schicken. Ich sage das ausdrücklich. Die Landesregierung ist sehr stark in die Arbeit der Mitglieder im Ausschuss der Regionen eingebunden. Wenn ich in Brüssel bin, kann ich mich sowohl auf die Unterstützung der einzelnen Ressorts in Mainz als auch auf die unglaublich kompetente, vielsprachige Unterstützung und Begleitung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Brüssel verlassen. Dass Rheinland-Pfalz dort eine Stimme hat, hängt vor allem mit ihrer Arbeit zusammen. Deswegen will ich mich ausdrücklich heute dafür bedanken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es ist schon einiges über die Bedeutung des AdR gesagt worden.

Sehr geehrter Herr Weiner, ich bedaure es, dass Sie, bevor Sie die Bedeutung des Ausschusses der Regionen erwähnen, um dessen Stellung und Aufwertung wir bei den Europäischen Verträgen gekämpft haben, zuerst ansprechen, ob die Union aus Rheinland-Pfalz darin vertreten ist. Wir haben hier dieselben Gepflogenheiten wie alle übrigen Bundesländern. Wenn man die Hintergründe kennt, wie es jetzt in Baden-Württemberg aussieht, weiß man, dass das nicht das Modell dafür ist, dass sich die Mehrheiten, bei denen es sich um gewählte Mehrheiten handelt, nicht auch in der Zusammensetzung der Delegationen ausdrücken. Nichtsdestotrotz ist die Union oder die EVP dort im AdR vertreten, wo sie ein Wählervotum haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der AdR hat auch eine Wächterfunktion – das ist gut so – für das Thema „Subsidiarität“, damit das, was vor Ort in den Regionen besser erledigt werden kann, nicht unbedingt auf nationaler oder erst recht nicht auf Brüsseler Ebene erledigt wird.

Damit ist der AdR ein Anwalt auch der kommunalen Gebietskörperschaften. Das ist mir sehr wichtig, weil die Kommunen dort auch vertreten sind und ihre Stimme – teilweise über uns, aber auch direkt – über den AdR in Richtung Europa erheben können.

Was mir besonders gefallen hat und was ich in meiner kurzen Zeit, in der ich Rheinland-Pfalz im AdR vertreten darf, besonders schätzen gelernt habe, sind die Netzwerke, die man knüpfen kann, Netzwerke mit eigenen Anliegen, in denen wir unsere rheinland-pfälzischen Ideen einbringen können, die aber auch eine Sicht auf das Ganze in Europa haben, auf die Bedeutung, auf die Vielfalt und auf das, was Europa so unglaublich reizvoll macht, nämlich die Vielfalt von Sprachen, die Vielfalt von Kulturen und auch die Vielfalt der Ideen, die dort eingebracht werden.

Ich bin ganz sicher, ohne dass sich die Regionen für Europa und in Europa engagieren, würde Europa weniger herzlich und menschlich aussehen. Europa würde auch seine selbst gesteckte Strategie, „Europa 2020“ für ein intelligentes, nachhaltiges und integriertes Wachstum, nicht umsetzen können. Wir sind wirklich von Bedeutung für das Ganze, und wir sind Teil des Ganzen in Europa. Darauf sollten wir auch Wert legen.

Dieter Klöckner hat schon erwähnt, dass der AdR auch wertgeschätzt ist. Auch ich kann das bestätigen: Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sind immer wieder vertreten und wertschätzen den Kontakt und auch die Impulse, die über den AdR und über die Regionen gesetzt werden. Das spürt man auch in den europäischen Institutionen. Das verändert natürlich Politik, ich glaube, in unserem Sinn.

Ich will das kurz an zwei Beispielen deutlich machen, die sehr aktuell sind.

Die Energie- und Klimapolitik ist angesprochen worden. Wir haben nicht nur eine Stellungnahme zu Durban – das ist heute aktuell – abgegeben, sondern wir haben noch einmal konkret eingefordert, auch in der Befassung mit der Energieeffizienzrichtlinie – die steht nächste

Woche auf der Tagesordnung –, dass die Rolle der regionalen und lokalen Akteure hier betont, aber ebenso ihre Bedeutung und ihre Beteiligung eingefordert wird. Die Stellungnahme ist so formuliert, dass unser Ansatz gestärkt und bestätigt wird, nämlich dass sich die Energiewende von unten vollzieht.

Man fordert gegenüber Brüssel eine Politik von unten, die auf regionaler und überregionaler Ebene vernetzt wird. Das ist ein wichtiger Impuls, weil die Europäische Kommission unter Kommissar Oettinger hier noch andere Schwerpunkte setzt, mehr auf eine zentrale Ebene. Ich denke, hier sind wir ein wichtiges Korrektiv, und ich bin zuversichtlich, dass wir dort auch gehört werden.

Ein zweites Thema ist ebenfalls konkret und wichtig für unsere weitere Entwicklung, auch in den Kommunen. Es beschäftigt sich mit den Beihilfavorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

Was verbirgt sich hinter diesem etwas schwierigen Begriff? – Da geht es konkret um die Aufgaben der Daseinsvorsorge, die wir in Deutschland ganz stark durch öffentliche, vor allem kommunale Unternehmen oder kommunal besicherte Unternehmen, solche, für die man die Gewährträgerhaftung hat, wahrnehmen.

Wir wissen, dass diese öffentlichen Unternehmen – Krankenhäuser, die sozialen Dienstleistungen, aber auch die Infrastrukturdienstleistungen der Ver- und Entsorgung, der Netze, die über öffentliche oder teilöffentliche Unternehmen dargestellt werden – wichtig und stabilisierend sind, dass sie eine Grundlage für die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung sind, die wir in Deutschland haben. Wir werden und wollen diese Arbeit schützen. Wir werden Sie auch gegen weitergehende Eingriffe, die jetzt geplant sind, schützen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich halte es für ganz wichtig, dass wir bei allen Fortschritten deutlich sagen: Nein, wir wollen nicht, dass in Zukunft ein soziales Wohnungsbaunternehmen nur noch Häuser für sozial Bedürftige bauen darf, weil wir im sozialen Wohnungsbau in unseren Städten keine Gettoisierung, sondern eine Durchmischung haben wollen.

Das sind notwendige Impulse, die parteiübergreifend dort eingebracht werden. An diesen Beispielen sieht man, wie wichtig das ist.

Ich könnte auch noch den europäischen Finanzrahmen 2014 – 2020 ansprechen, der zurzeit beraten wird. Davon hängt auch ab, ob und wie wir in Rheinland-Pfalz in Zukunft von diesen europäischen Fonds profitieren. Es war im Vorfeld schon eine Initiative gestartet worden, indem der Ausschuss der Regionen Forderungen für einen solchen Finanzrahmen gestellt hat.

Ich will einen Punkt nennen, der für uns wichtig ist. Dass in Zukunft – so ist es zumindest geplant; beschlossen wird es erst im Laufe des nächsten Jahres – alle Regionen in Europa von den Strukturfonds profitieren, ist die Basis dafür, dass wir auch in Rheinland-Pfalz profitieren. Wir haben in der jetzigen Förderperiode 331 Millionen

Euro allein für Maßnahmen der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung erhalten. Wenn die Rahmen so bleiben, dann werden wir dies, denke ich, auch in Zukunft so umsetzen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Aktualität sollte man mit ein paar Sätzen auf den EU-Gipfel, an den unglaublich große Erwartungen geknüpft sind, eingehen. Ich bezweifle – leider –, dass dieser Gipfel den Durchbruch oder die notwendige Klarheit bringt, die dann zu Vertrauen auf den Finanzmärkten führen wird.

Ich will jedoch auf eine Entscheidung eingehen und sie heute in besonderer Weise würdigen. Wenn man wie ich in dieser Funktion im AdR zusammenarbeitet, dann weiß man um die Notwendigkeit, dass Europa nicht auseinanderdriften darf in eine Zone des Euroraums und eine Zone des Rests. Wir standen kurz davor, dass es ein „Europa der 17“ gibt. Man redet auch von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das Europa der Euro-Länder und der zehn Nicht-Euro-Länder. Dass es heute Nacht gelungen ist, hier 17 Euro-Länder plus mindestens sechs weitere zusammenzubringen, halte ich vor diesem Hintergrund für wichtig, auch wenn es nicht die große Lösung des „Europa der 27“ war.

(Beifall der SPD)

Ich sage das vor allen Dingen deswegen, weil ich weiß, dass wir eine Verantwortung für die EU-Osterweiterung haben. Das sind neben den westlichen Partnern unsere wichtigen Nachbarn. Ich weiß auch, dass die Tatsache, dass das heute Nacht so passiert ist, vor allen Dingen der EU-Ratspräsidentschaft von Polen zu verdanken ist, die eine ganz besondere positive Rolle gespielt hat. Dafür möchte ich mich heute ausdrücklich bedanken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa ist mehr als eine Währungsunion, es ist mehr als ein Binnenmarkt. Ich bin sicher, dass wir mit den Impulsen und den Kontakten mit unseren Partnern in Europa die Chance haben, aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz, aus Sicht unserer Region und überhaupt der Regionen deutlich zu machen, was Europa wert ist: Die Vorteile, die die Menschen konkret haben, Freiheit und Freizügigkeit, die Mobilität – damit hängt die Arbeitsplatzmobilität zusammen –, die wirtschaftliche Entwicklung, denken Sie nur an unsere hohen Exporte in den Euro-Raum.

Aber auch die soziale Situation der Menschen – da will ich Herrn Wiechmann recht geben – wird ein Thema sein, das wir in Zukunft noch stärker ausbauen müssen. Wir dürfen aber auch in Zukunft bei aller Krisenpolitik nicht vergessen, dass Europa immer auch ein Europa der Bürger und Bürgerinnen ist. Deswegen braucht es vor allem demokratische Spielregeln.

Wir werden im Rahmen der Umsetzung einer Europa-Strategie mit dem Thema „Europa vor Ort erleben“ für die Bedeutung von Europa werben. Denn gerade wir in Deutschland haben von der Solidarität profitiert. Jetzt sollten wir die Solidarität an andere weitergeben, und wir haben keine Zukunft – jedenfalls keine gute –, wenn wir nicht eingebettet sind in die Europäische Gemeinschaft.

Nur so können wir unsere Stimme in der Welt so erheben, dass sie auch gehört wird.

In diesem Sinne danke für die Arbeit und dafür, dass sich das Parlament – auch das ist eine Wertschätzung – der Arbeit innerhalb des Ausschusses der Regionen und gegenüber Brüssel heute mit diesem Thema so ausführlich beschäftigt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Schnabel:

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunkts 25. Der Bericht ist grundsätzlich mit seiner Besprechung erledigt.

Ich rufe **Punkt 26** der Tagesordnung auf:

**Neunter Energiebericht des Landes Rheinland-Pfalz  
Besprechung des Berichts der Landesregierung  
(Drucksache 16/575; Vorlage 16/546)  
auf Antrag der Fraktionen der SPD  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/619 –**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Mittrücker das Wort.

Wir haben eine Grundredezeit von zehn Minuten. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die SPD beginnt.

Herr Abgeordneter Guth hat das Wort.

#### Abg. Guth, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Neunte Energiebericht für Rheinland-Pfalz, bezogen auf die Jahre 2008/2009, belegt einmal mehr, Rheinland-Pfalz war, Rheinland-Pfalz ist und Rheinland-Pfalz wird weiter Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien sein und die Energiewende erfolgreich gestalten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Menge des in Rheinland-Pfalz erzeugten Stroms stieg im Zeitraum von 2003 bis 2009 um gut die Hälfte an, plus 54 %. Bei dem besonders wichtigen Teilbereich der heimischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien war ein erheblich stärkeres Wachstum zu verzeichnen, nämlich plus 144 %.

Ein Blick auf 2010 und das laufende Jahr 2011 zeigt sogar noch deutlicher, die heimische Stromerzeugung ist auf dem Vormarsch. Noch nie war die Stromerzeugung in Rheinland-Pfalz so hoch wie in den letzten Jahren. Dies gilt insbesondere für Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, Klär- und Deponiegas, Solarenergie, Umwelt-

wärme, Geothermie. Ein Viertel kommt mittlerweile aus dem Bereich der erneuerbaren Energien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Bilanz lässt sich sehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Weil uns wichtig ist, gute Arbeit für den Berichtszeitraum 2008/2009 anzuerkennen, möchte ich die frühere Umwelt- und Energieministerin Margit Conrad nennen, die in Rheinland-Pfalz bei oftmals bössartigen Äußerungen der Opposition von CDU und damals noch FDP vieles auf den Weg gebracht hat.

(Pörksen, SPD: Wohl wahr!)

Das haben Sie wirklich gut gemacht, Frau Staatsministerin Conrad. Ich darf sagen, liebe Margit, das hast Du gut gemacht in den Jahren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

Anerkennung darf auch in der Politik sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Kollege Licht, freuen Sie sich bitte nicht zu früh; denn jetzt bin ich bei der CDU angelangt. Da habe ich Ihnen einige Dinge vorzubringen.

(Beifall des Abg. Brandl, CDU)

Vergleichen wir doch einmal den Energiebericht Rheinland-Pfalz mit den Ergebnissen des hessischen Energiegipfels.

Frau Klöckner hat im letzten oder vorletzten Plenum einen Antrag gestellt, auch Rheinland-Pfalz sollte einen Energiegipfel durchführen. Vergleichen wir doch einmal diese beiden Papiere nach dem Ergebnis.

Ich will vier Punkte herausgreifen.

1. Windkraft. Hessen hat gesagt, 2 % der Landesfläche sollen für Windkraft ausgewiesen werden. Kommt uns diese Zahl nicht bekannt vor? – Ja, das haben wir schon im Koalitionsvertrag festgelegt. Wir haben schon gesagt, 2 % machen wir in Rheinland-Pfalz für Windkraft. Also keine wirklich neue Erkenntnis, aber eine richtige Erkenntnis.

Frau Klöckner hat diese Zahl infrage gestellt, als unrealistisch abgetan.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Jetzt sagen auch die hessischen Fachleute, 2 % sind realistisch, sind umsetzbar.

2. Fotovoltaik. Der hessische Energiegipfel sieht großes Potenzial beim weiteren Ausbau und der weiteren Nutzung der Sonnenenergie. Das ist keine wirklich neue

Erkenntnis, aber wir sehen es genauso. Der jährliche Zuwachs in Rheinland-Pfalz war immerhin plus 64 %. Was macht die CDU in dem Bereich? – Sie verfolgen es in der Öffentlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie will den Zuwachs an Fotovoltaik begrenzen, herunterfahren von derzeit 5.000 Megawattstunden, die im Jahr als Zuwachs erfolgen, und auf 1.000 Megawattstunden begrenzen. Das ist eine Kürzung auf 20 % der Leistung, die wir in den letzten Jahren erreicht haben. So sieht Energiepolitik à la CDU aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

3. Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Energiebereich. Das, was wir in Rheinland-Pfalz gerade vor wenigen Wochen auf den Weg gebracht haben, dass wir es durch Änderung des Gemeindefinanzrechts den Kommunen ermöglichen wollen, in die Energieerzeugung, in die Energiegewinnung einzusteigen, wird in Hessen gerade kaputt gemacht.

CDU und FDP haben in Hessen die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen eingeschränkt. Das Gegenteil ist hier der Fall, was wir in Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zeigt einmal mehr, wer eigentlich die Kommunalpartei ist. Die CDU mit diesen Entscheidungen mit Sicherheit nicht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Heiterkeit bei der CDU –  
Ernst, CDU: Schlucken Sie einmal  
eine halbe Valium!)

– Herr Kollege Ernst, das müssen Sie sich anhören. Das sind Fakten. Aber es wird nicht besser.

4. Energieeffizienz. Der hessische Energiegipfel empfiehlt, die Sanierungsquote im Altgebäudebereich zu erhöhen. Was macht die CDU auf Bundesebene? – Sie will die Sanierung der alten, sanierungsbedürftigen Gebäude an die Einkommensteuer koppeln, also die steuerliche Absetzbarkeit machen.

(Ernst, CDU: Die haben recht!)

Wem gehören denn die alten Häuser in den Ortskernen, die alten Wohnungen in den Städten? – Doch nicht den überwiegend Einkommenstarken. Das sind die jungen Leute, die jungen Familien, die sich irgendwo in den Ortskernen ein altes Häuschen kaufen, das hochgradig sanierungsbedürftig ist.

Diese jungen Leute, diese Familien müssen wir unterstützen. Wir müssen hin zu einmaligen Zuschüssen und weg von der steuerlichen Anrechenbarkeit.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Davon profitieren die einkommenschwachen und jungen Familien. Da wird effektiv etwas umgesetzt, damit die Gebäude in den alten Ortskernen endlich saniert werden. Auch da sind Sie auf dem Holzweg, auf dem falschen Weg, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Punkt aus dem Energiebericht ansprechen, die rheinland-pfälzische Energieagentur EOR.

Seit vielen Jahren leistet die EOR eine gute Arbeit auf Messen, an Infoständen. Im Infomobil im Land unterwegs, ist sie zu einem zentralen und neutralen Dienstleister für energierelevante Fragen geworden. Sie hat insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Beitrag zur Kampagne „Unser Ener“ geleistet. Über 130 Unternehmen, Berater und Institutionen haben sich der EOR angeschlossen.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart – SPD und GRÜNE –, dass wir diese Energieagenturen ausbauen wollen, hinaus aufs Land, hinein in die Regionen, und noch effizienter werden; denn die Basisarbeit war gut. Jetzt müssen wir noch stärker in die Regionen hinaus, mit den Landkreisen und den Kommunen zusammen die Energieberatung, die Energiedienstleistungen vor Ort weiter ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der rheinland-pfälzische Energiebericht und die derzeitige Entwicklung in Rheinland-Pfalz auf der einen Seite, die Ergebnisse des hessischen Energiegipfels – CDU/FDP-Landesregierung – auf der anderen Seite zeigen einmal mehr, das, was von CDU und FDP in Sonntagsreden zu hören ist, ist weit von der Realität entfernt. Es wird in der Praxis jede Möglichkeit genutzt, gute Ansätze und Entwicklungen nach dem Motto kaputt zu machen, Energiewende ja, aber ohne Windräder und ohne Fotovoltaik, einmal schauen, was es sonst noch so gibt.

(Pörksen, SPD: Heiße Luft! –  
Zuruf des Abg. Brandl, CDU)

– Herr Kollege Brandl, ganz ruhig bleiben. Das müssen Sie ertragen. Das ist Ihre Politik.

(Ernst, CDU: Zu welchem Bericht  
sprechen Sie?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU, man kann seine Positionen zu wichtigen Themen ändern, Wehrpflicht, Mindestlohn, Frauenquote, Hauptschulen oder in diesem Bereich der Energiepolitik. Aber dann muss man auch den Aussagen Taten folgen lassen und nicht bei der Umsetzung den alten Grundsätzen folgen.

Aktuelles Beispiel: Ich weiß nicht, ob Sie es heute schon gelesen haben. Ihr EU-Kommissar Oettinger – früherer baden-württembergischer Ministerpräsident, CDU – fordert gerade den weiteren Ausbau, die weitere Errichtung von Atomkraftwerken in Europa.

(Pörksen, SPD: Tolle Nummer!)

Das muss man sich vorstellen. Ihr CDU-Mann Oettinger will in Europa weitere Atomkraftwerke errichten, während wir in Deutschland gesagt haben, raus aus der Atomkraft.

Frau Klöckner, bevor Sie wieder unnötigerweise einen Energiegipfel in Rheinland-Pfalz fordern, machen Sie einen Energiegipfel innerhalb Ihrer Partei. Da haben Sie viel Arbeit und viel zu tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Klären Sie bei Ihrem internen Gipfel Ihre Positionen zur Energie, zum Mindestlohn und vielem anderen mehr. Sie haben jede Menge Hausaufgaben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Zeit machen SPD und GRÜNE weiterhin erfolgreich gute Politik für unser Land und bringen die Energiewende voran.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Mittrücker das Wort.

(Pörksen, SPD: Jetzt kommt  
der Pirouettendreher!)

#### **Abg. Dr. Mittrücker, CDU:**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Energiebericht der Jahre 2008/2009, den wir heute besprechen, ist eine energetische Bestandsaufnahme der derzeitigen Strukturen der Energiewirtschaft in Rheinland-Pfalz, der in diesen beiden Jahren existierenden Einrichtungen und Maßnahmen im Bereich der Energieforschung und -entwicklung, der Information und Bildung zu Energiefragen.

Der vorliegende Energiebericht gibt leider keine Auskunft darüber, wie die Landesregierung ihr beschlossenes energiepolitisches Ziel, die elektrische Energie soll bilanziell zu 100 % aus regenerativen Energiegewinnungsformen gewonnen werden, erreichen will.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sehr geehrte Frau Ministerin Lemke, wie oft haben wir Sie im Wirtschaftsausschuss gebeten, uns Ihre Strategie bzw. Ihre Pläne, die die Energiewende ermöglichen sollen, zu nennen.

(Staatsministerin Frau Lemke: Einmal!)

Ohne eine Planvorgabe, ohne ein selbst gestecktes Ziel ist die Energiewende solide und folgerichtig nicht umzusetzen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Immer wieder haben Sie auf den Energiebericht verwiesen. Ich gebe zu, wir waren etwas erstaunt; denn in der Vergangenheit war der Energiebericht lediglich eine energetische Retrospektive auf die letzten Jahre. Ihr Verweis auf den Energiebericht war für uns positiv überraschend. Was finden wir aber vor? Genau das gleiche Strickmuster wie bisher, kein ergänzendes Kapitel, keine Strategie, keine Umsetzungsschritte, die die Energiewende näher beschreiben.

Frau Ministerin, was sollen der Wirtschaftsausschuss und das Plenum von solchen Versprechungen halten? Heiße Luft wäre wenigstens heiß.

(Beifall bei der CDU –  
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Ich komme zum Bericht selbst. Die Jahre 2008/2009 sind von der Besonderheit der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet, bei der die industrielle Produktion deutlich zurückging und damit auch der Energieverbrauch. Die Zahlen für diese beiden Jahre entsprechen damit nicht der langfristigen Entwicklung. Gleichwohl können die Regressionsgeraden, gebildet aus mehreren Jahren, als Indiz für die kommenden Entwicklungen genutzt werden. Insofern beschreibt dieser Bericht die Ausgangslage, aus der heraus die Landesregierung ihr weit gespanntes energiepolitisches Ziel erreichen muss.

Im Jahr 2009 beläuft sich in Bezug auf den gesamtelektrischen Energieverbrauch der eigenproduzierte Anteil auf 57 %. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Rheinland-Pfalz 43 % elektrische Energie von außen zukaufen musste.

Wir produzieren aktuell lediglich 14,4 % regenerativer Energie bezogen auf den Gesamtverbrauch in Rheinland-Pfalz. Dies bedeutet, Sie müssen die derzeit in Rheinland-Pfalz erzeugte regenerative Energie nahezu versiebenfachen, um Ihr gestecktes Ziel zu erreichen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Lemke, das geht nicht ohne Plan und ohne Strategie.

(Beifall bei der CDU)

Es ist allerhöchste Eisenbahn, Sie müssen die jährlichen Pläne der nächsten 20 Jahre dem Landtag vorlegen. Nur so ist die Energiewende zu schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nochmals zur Verdeutlichung: Die Landesregierung muss genau erklären, auf welchem Weg, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Zeitschritten sie dieses Ziel erreichen will. Visionen sind zwar schön, handfeste, nachprüfbare Maßnahmen sind aber verantwortlich.

(Beifall der CDU)

In den letzten 20 Jahren ist in der Energiepolitik des Bundes und der Länder durch die Anstrengungen der Industrie und im privaten Bereich schon einiges erreicht

worden. Seit Mitte der 90er-Jahre verhält sich bei wachsenden Wirtschaftsleistungen der Primärenergieverbrauch stabil. Dabei sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen im langfristigen Mittel relativ kontinuierlich. Das ist auch einer verbesserten Energieeffizienz zuzuschreiben. Das gilt für die Gebäudeheizung, für den Durchschnittsverbrauch von Fahrzeugen, für effizientere Kraftwerke und effizienteren Energieeinsatz in der Industrie.

Es gilt, den Einsatz von erneuerbaren Energiegewinnungsformen parallel dazu nicht nur zu verstetigen, sondern in Zehnerpotenzen zu steigern.

Ich sage noch einmal zur Erinnerung: Die Landesregierung muss genau erklären, auf welchem Weg, mit welchen Maßnahmen und Zeitschritten sie dieses Ziel erreichen will. Visionen sind schön, handfeste, nachprüfbar Maßnahmen sind aber verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir zu den allgemeinen Entwicklungen von Energiepreisen. Die Energiepreise steigen seit 2005 um 17,7 % deutlich schneller als der Durchschnitt der gewerblichen Produkte. Er stieg um 8 %.

Ein großer Teil der Preissteigerungen für gewerbliche Produkte geht dabei auf die Energiepreissteigerung zurück. Das ist ein Prozess, der Folgen hat. Er vermindert die Spielräume für Tarifverhandlungen. Er lässt die Energiepreise zu einem immer schwierigeren Kostenfaktor für die Wirtschaft werden. Er schmälert die Budgets der Privathaushalte.

Gerade für Privathaushalte sind die Energiekosten nur in Grenzen gestaltbar. Das zeigt sich schon daran, dass der Energieverbrauch der Privathaushalte nahezu unabhängig von konjunkturellen Schwankungen ist. Energiepreise treffen zuerst die schwächeren Einkommen. Bezahlbare Energie muss deshalb ein ganz wichtiges wirtschaftliches und sozialpolitisches Ziel bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf noch einmal wiederholen: Die Landesregierung muss genau erklären, auf welchem Weg, mit welchen Maßnahmen und Zeitschritten sie dieses Ziel erreichen will. Visionen sind schön, handfeste, nachprüfbar Maßnahmen sind verantwortlich. Hier muss ergänzt werden, verantwortlich auch aus dem sozialpolitischen Gesichtspunkt heraus.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Energiepolitik muss also in eine tragfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebettet sein. Es reicht nicht aus, sich als Promoter für Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien zu outen. Die Versorgung mit verlässlicher und bezahlbarer Energie muss als gesamtwirtschaftlicher Faktor gewährleistet sein. Im Lichte dieser Betrachtung sind die Aussagen von Frau Ministerin Lemke im Wirtschaftsausschuss nahezu verantwortungslos.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Na, na!)

Auf die Frage, ob sie die Prognose der Europäischen Union teilt

(Ministerpräsident Beck: Seien Sie doch nicht so maßlos!)

– Herr Ministerpräsident, hören Sie auch zu –, dass die Energiepreise in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen, hat Frau Lemke gesagt, sie teile diese Ansicht nicht, die Energiepreise würden tendenziell eher fallen.

(Staatsministerin Frau Lemke: Welchen Zeitraum?  
Nennen Sie den Zeitraum!)

Mit solchen Aussagen hat man sogar Schwierigkeiten im Proseminar an der Universität, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU –  
Hering, SPD: Reine Polemik! –  
Zuruf von der SPD: Er verdreht die Aussage!)

Das war ein wörtliches Zitat.

Wir alle im Parlament brauchen eine klare Linie,

(Pörksen, SPD: Vor allem von euch eine klare Linie!)

um die Energiewende zu schaffen, meine Damen und Herren.

Um eine klare Linie zu bekommen, reicht das Handling und die hier gezeigte Sachkenntnis eben nicht aus.

(Beifall bei der CDU –  
Pörksen, SPD: Schlingerkurs!)

Sie können sicher sein, wir werden die Landesregierung an ihren Ergebnissen messen und nicht an Versprechungen, die sie immer wieder neu formuliert.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Bevor ich Herrn Dr. Braun das Wort erteile, möchte ich Gäste im Landtag begrüßen, und zwar die Schinderhannes Bande aus Idar-Oberstein. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Die Gruppe hat versichert, dass sie ordnungsgemäß ihre Waffen auf dem Deutschhausplatz abgelegt hat.

Weiterhin begrüße ich Mitglieder der CDU-Ortsverbände Hochheim, Pfliffenheim und Leiselheim. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Weiterhin begrüße ich den SPD-Ortsverein Dahlheim. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Dr. Braun das Wort.

**Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Mittrücker, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Uns in der Regierung unterscheidet etwas ganz essenziell von der Opposition. Wir haben eine Strategie, während Sie keine haben, Herr Dr. Mittrücker.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Sie machen doch im Moment – das war ganz deutlich am Unterton Ihrer Rede zu hören – insgeheim schon wieder die Kehrtwende zurück zu den alten Strukturen der Energiepolitik. Sie haben Angst vor der Zukunft. Sie haben Angst, etwas zu riskieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Mit solchen Hasenfüßen – es tut mir leid –, wie sie in der CDU in Rheinland-Pfalz beheimatet sind, können wir keine künftige Energiepolitik in Rheinland-Pfalz gestalten. Fassen Sie sich ein Herz, und machen Sie einmal mit!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ich komme zu den Inhalten, die Sie angesprochen haben.

(Licht, CDU: Herr Kollege,  
die Frage ist wo und wie!)

An der Stelle ist es mir ganz wichtig, über die Energiepreise zu sprechen. Die Energiepreise in Rheinland-Pfalz – das zeigt der Bericht ganz deutlich – steigen im Moment natürlich. Herr Licht, auch bei Ihnen in der Region wird das wahrscheinlich der Fall sein. Das ist doch klar, weil die Ölpreise steigen. Wenn der Ölpreis steigt, steigt der Gaspreis. Wenn der Gaspreis steigt, steigt normalerweise auch der Strompreis. Wenn wir aber eine langfristige Politik betreiben wollen, die Energie bezahlbar macht, müssen wir eben gerade weg von diesen Strukturen. Dann müssen wir weg davon, dass wir Öl einkaufen und unsere Autos mit Öl betanken. Dann müssen wir weg davon, dass wir nur Gas verfeuern, sondern wir müssen hin zu den erneuerbaren Energien, weil die in der Zukunft kostengünstiger werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Das ist genau das, was auch Frau Lemke gesagt hat. Die Preise für Energie aus erneuerbaren Energien werden doch von Jahr zu Jahr günstiger. Die Einspeisevergütungen werden von Jahr zu Jahr günstiger. Ab 1. Januar wieder 15 % bei der Solarenergie. Die Windenergie kostet nur noch zwischen 7 und 8 Cent bei neuen Windanlagen. Bei alten Windanlagen liegen wir bei der Herstellung von Strom schon bei 5 Cent. Bei der

Atomenergie muss man noch die Kosten hinzurechnen, die durch die Endlagerung verursacht werden. Dann sind sie meilenweit davon entfernt, günstige Preise zu erzielen. Das können wir nur über die erneuerbaren Energien erreichen. Deshalb betreiben wir auch aus sozialen Gründen die Energiewende in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wenn im Moment die Stromkosten steigen – Herr Dr. Mittrücker, Sie haben das genau beobachtet –, liegt das hauptsächlich daran, dass die Industrie zusätzlich entlastet wird. Wir haben beim EEG in der letzten Zeit eine Umlage deshalb so stark erhöht, weil die Großbetriebe ausgenommen worden sind. Gerade die Großverbraucher zahlen die EEG-Umlage nicht.

Hinzu kommt, dass jetzt noch die Großverbraucher, die Großindustrie durch den Beschluss der Bundesregierung von den Netzkosten freigestellt werden. Wer muss das zahlen? – Der kleine Mann, die kleine Frau, die Kleinverbraucher zahlen jetzt die Kosten, die bei den Großen gestrichen werden. Das ist eine Subventionierung von unten nach oben. Herr Dr. Mittrücker, genau das wollen wir nicht haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wenn wir also eine Energiepolitik für die Zukunft machen wollen, müssen wir Energie zur Verfügung stellen. Das zeigt der Energiebericht sehr deutlich. Ich bin der Auffassung, wir können in Rheinland-Pfalz die 100%-Ziele, die Sie eingefordert haben, im Jahr 2030 sehr deutlich erreichen. Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich: Wenn es 98 % oder 110 % sind, müssen Sie sich nicht an dieses Pult stellen und sagen, Sie hatten keinen Plan. – Wir sind schon in der richtigen Richtung unterwegs.

Unser Ziel war – das ist vorgegeben – die Verdopplung der Solarenergie von jetzt bis in zehn Jahren. Es ist überhaupt kein Problem, das zu schaffen. Das wissen Sie auch. Die Investoren sind vorhanden. Wenn der Deckel, den Sie bundespolitisch haben wollen, nicht kommt – ich gehe davon aus, dass vernünftige Menschen das verhindern werden –, werden wir bei der Solarenergie ganz deutlich die Wende schaffen. Die Produktionszahlen, die in unseren klar formulierten Vorstellungen vorhanden sind – Sie sagen Visionen –, werden wir auf jeden Fall erreichen.

Herr Dr. Mittrücker, ähnlich sieht es bei der Windenergie aus. Natürlich werden wir die Zahlen erreichen. Das wissen Sie auch. Ich will mit Ihnen nicht jedes Mal diskutieren, dass das alles nicht geht, das nicht klappen wird, es da und dort Schwierigkeiten gibt. In zehn Jahren werden wir diese Ziele erreichen.

Im Moment bereitet mir die CDU Sorgen, die durch das Land zieht und sagt, wir hätten dann unsichere Verhältnisse, weil vielleicht der Strom ausfällt. Durch diese Gerüchte, die von Ihnen, den Unternehmerverbänden und von anderen gestreut werden, die besagen, wir hätten keine sichere Stromversorgung, werden doch die

Leute verunsichert. Ich sage Ihnen hier und heute: Wir haben eine sichere Stromversorgung. Wir haben auch in der Zukunft bezahlbare Energie. Dafür stehen wir, und dafür werden wir sorgen. Da kann die CDU tun und lassen, was sie will. Es wäre schön, Sie würden mitmachen, aber das Nörgeln bringt uns in Rheinland-Pfalz nicht weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir werden uns in der Zukunft um den Ausbau von Speichern und Stromnetzen kümmern müssen. Das ist die Zukunftsaufgabe für Rheinland-Pfalz. Wenn wir beispielsweise im Hunsrück in der nächsten Zeit – wir haben für die Zukunft Zahlen vorliegen – 800 % des Stroms erzeugen, den wir dort brauchen, müssen wir natürlich dafür sorgen, dass er gespeichert werden kann. Dann müssen wir natürlich dafür sorgen, dass er dorthin transportiert werden kann, wo er gebraucht wird. Deshalb kümmern wir uns im Moment um den Ausbau von Speichern und Netzen.

Das ist eine Gesamtpolitik, die Sie mittragen müssten. Das ist eine Gesamtpolitik, die sinnvoll ist und durch die vor allem die lokale Wirtschaft gestärkt wird, durch die die regionale Wirtschaft gestärkt wird und wodurch die Wertschöpfung im Land bleibt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendein Argument vonseiten der CDU gegen diese vernünftige Energiepolitik gibt, die wir machen wollen.

Sie können immer wieder neu sagen – Sie haben das heute zweimal wiederholt –, das sind Visionen. Ich weiß, es gibt den Spruch, wenn man Visionen hat, soll man zum Arzt gehen.

(Pörksen, SPD: Das hat er nicht wiederholt!)

Das sind aber keine Visionen. Nein, das ist eine Politik, die konkret sagt, was in der nächsten Zeit in Rheinland-Pfalz passieren kann und muss, damit wir bezahlbaren Strom haben. Nur auf diese Art und Weise bekommen wir die Bezahlbarkeit von Strom, aber auch von Wärme und Kraftstoffen hin. Das sind die Pläne, die wir haben. Wir erläutern sie Ihnen gerne immer wieder neu, weil sie vorliegen und umgesetzt werden können. Die CDU wird das nicht verhindern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir freuen uns, dass im Energiebericht deutlich gemacht wird, dass die besten Voraussetzungen für die Energiewende, die wir vorhaben, schon gegeben sind. Wir haben die Steigerung – Sie haben das nachgelesen – bei den erneuerbaren Energien. Wir haben die Steigerungen bei den Möglichkeiten, im Moment über die Solarenergie auch in den Städten und nicht nur in den Landkreisen mehr erneuerbare Energie zu erzeugen. Gerade bei der Solarenergie sind die höchsten Steigerungen nach dem Energiebericht in den Jahren 2010 und 2011 zu verzeichnen.

In der Zukunft haben wir eventuell auch die Möglichkeit, aus den erneuerbaren Energien beispielsweise Treibstoffe zu gewinnen. Das sind Dinge, die die Menschen

interessieren. Was können wir in der Zukunft machen? Was können wir uns in der Zukunft noch leisten? Müssen wir Öl und Gas importieren? Sind wir davon abhängig, oder können wir im eigenen Land Energie produzieren? – Natürlich ist dabei auch eine weitere Frage wichtig. Können wir Energie einsparen, und können wir Energie effizient gebrauchen?

Das sind die Wertschöpfungsketten für Rheinland-Pfalz. Das sind die Wertschöpfungsketten für Europa und Deutschland. Wir wollen die Wertschöpfung hier erhalten. Das schaffen wir nicht mit der alten Energiepolitik. Das schaffen wir nur, wenn wir mutig in diese neue Energiepolitik starten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Am Schluss will ich noch einen Satz zu der jetzigen Diskussion sagen. Es gibt auf der Bundesebene – das ist zumindest mein Eindruck – viele, die gerne die Energiewende wieder rückgängig machen würden. Es gibt viele, die gerne wieder die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern würden.

(Unruhe bei der CDU)

Die haben ganz andere Lobbyinteressen. Die haben die Interessen, weiterhin Atommüll zu produzieren, ohne zu wissen, wo er am Schluss hin soll.

(Zurufe von CDU und SPD)

Diejenigen, die solche Interessen haben, müssen natürlich die Energiewende verhindern.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe die Hoffnung, Sie gehören nicht zu denjenigen und machen bei der Energiewende mit.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsident Schnabel:**

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Lemke das Wort.

**Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer!

(Staatsministerin Frau Lemke hält  
den Energiebericht hoch)

Ich will jetzt einmal kurz hochhalten, worüber wir hier diskutieren. Das ist der besagte Bericht, über den wir sprechen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir reden über 400 Seiten Statistik. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass die Statistik immer etwas Vorsicht zu genießen ist. Sie kennen alle den Spruch: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst (...) hast.

(Licht, CDU: Gefälscht hast! Ja!)

– Genau.

Ich will lieber mit dem Theologen Martin Kruse antworten, der sagte: Statistik ist wie eine Wanderkarte: Wenn man sie zu sehen bekommt, ist sie von der Realität schon etwas überholt, und dennoch gibt sie die Orientierung. –

(Pörksen, SPD: Kluger Mensch!)

Lieber Herr Mittrücker, ich bin ganz Ihrer Meinung, diese Statistik schildert die Ausgangslage. Herr Dr. Braun hat das eben noch einmal wiederholt. Es geht um die Frage, wo wir stehen, wenn wir uns auf den Weg machen. Ohne eine gute Planung kann man keine Taktik im Umsetzen einer Strategie und im Umsetzen von Zielen, wie sie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt sind, machen.

Wie im Wirtschaftsausschuss erkläre ich Ihnen gerne erneut, wie wir das machen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich weise Sie auf die Seite XVII im Energiebericht hin. Hier finden Sie eine Karte, ein „Leitbild Erneuerbare Energien“, herausgenommen aus der Landesplanung.

(Pörksen, SPD: So weit ist er gar nicht gekommen!)

Die sehen Sie offenbar das erste Mal. Diese Karte zeigt uns, wo wir Nachbesserungsbedarf haben; denn hier sind zum Beispiel Felder für die Windenergienutzung ausgeführt, die nicht die effizientesten Felder sind. Hier setzt Planung an.

Wenn wir diese Energiewende machbar durchführen wollen, dann muss sie technisch funktionieren, ökonomisch sinnvoll sein, und dann muss die Voraussetzung im Netzbetrieb hergestellt werden.

Es gibt Verantwortlichkeiten, die in elf Bundesgesetzen festgelegt sind und unter anderem regeln, welche Verantwortlichkeiten die Netzbetreiber und die Energiefirmen haben, die die Energie einspeisen. Die Koordination erfolgt über die Bundesnetzagentur, die kontrolliert und der wir selbstverständlich zuarbeiten.

Nun ist es so, dass ich mit der Industrie rede, zuletzt zum Beispiel mit dem Hauptgeschäftsführer des BDI, Herrn Dr. Markus Kerber, der am Montagabend und am Dienstagmorgen den Wirtschaftsministern sehr eindringlich erklärt hat, dass man eben nicht, wie Sie es fordern, eine sozialistische Fünfjahresplanung für die Energiewende machen kann, sondern eine detaillierte Netzplanänderung braucht, Herr Mittrücker.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU – Heiterkeit des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Für den Fall, dass Sie vielleicht nicht mehr wissen, wie ein Netzplan funktioniert: Das ist wie ein Entscheidungsbaum. Bei dem machen Sie sich auf den Weg, wenn Sie sehen, Sie können einen Weg gehen, oder wenn Sie sehen, dass ein Weg versagt, weil ein am Energiemarkt frei agierender Akteur etwas nicht umsetzen kann, dann müssen Sie einen anderen Weg gehen.

Herr Dr. Braun hat gesagt, wie wir das beispielsweise machen, wenn wir im Rhein-Hunsrück-Kreis plötzlich so viel Windenergie haben, weil es in der Vergangenheit keine Pläne gegeben hat und der Bau einen jetzt quasi überrollen könnte. Wie machen wir das, wenn wir die Energie, die dort erzeugt werden kann, nicht einspeisen können? Gibt es neue Technologien, die das auffangen, wie beispielsweise die Technologie „Wind-to-gas“? Dann muss man in seinem Plan, den man hat, natürlich darauf eingehen und an dieser Stelle eine andere technologische Möglichkeit anbieten und mit den Akteuren in eine Realisierung bringen.

Der erste Schritt ist die Änderung des Landesentwicklungsprogramms, die kommt. Darüber wollen wir aber an dieser Stelle nicht reden. Wir wollen über den Bericht reden, in dem unter anderem steht – das sind die Zahlen aus dem Jahr 2010; damit haben wir ein weiteres Jahr vorgegriffen –, dass wir jetzt schon bei 26 % erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung angekommen sind, meine Damen und Herren. Das ist absolut beachtlich und eine hervorragende Ausgangsposition.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Liebe CDU, es war eine Forderung auch von Ihnen, dass wir mit den Energieberichten schneller sein sollen. Jetzt haben wir in diesem Bericht ein weiteres Kalenderjahr aufgeholt. Ich habe mit dem Statistischen Landesamt vereinbart, dass wir zu diesem Zweck weiter an der Statistik arbeiten.

Ich weise Sie gerne auf die Seite des Statistischen Landesamts hin, die wir vor zwei Tagen eingerichtet haben. Schreiben Sie das gleich auf, Sie können es auch nachlesen: [www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie). – Es steht im Protokoll. Dort gibt es jetzt weitere Statistiken, anhand derer Sie sehen können, wie die regionale Stromspeisung aus erneuerbaren Energien ab 2009 erfolgt und wie die Stromeinspeisung in Rheinland-Pfalz mit den laufenden Zahlen kontinuierlich dargestellt wird.

Das heißt, wir bringen Sie mit vereinzelt neuen Statistiken laufend auf den aktuellen Stand. Sie können sie laufend einsehen. Wenn wir den nächsten Energiebericht machen, wird er eine andere Bewertung beinhalten, das ist völlig selbstverständlich; denn sonst können wir nicht bei uns selbst ein Monitoring vornehmen und uns kontrollieren. An dieser Stelle bin ich ganz bei Ihnen; denn das müssen wir tun, wenn es funktionieren soll.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, der mir hier in der Debatte viel zu kurz gekommen ist. Die Menge des in Rheinland-Pfalz erzeugten Stroms, des von uns selbst erzeugten Stroms stieg im Betrachtungszeitraum

um gut die Hälfte an, um 54 %. Davon hatten die erneuerbaren Energien einen erheblichen Anteil. Die erneuerbaren Energieträger sind hier um 144 % gestiegen.

Dies traf auch auf das Krisenjahr zu, das Sie bereits angesprochen hatten. Im Krisenjahr sind wir im Energieverbrauch fast gleichgeblieben, er ist nicht gestiegen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstieg ist im selben Jahr zurückgegangen. Das hängt damit zusammen, dass in den großen Betrieben in Rheinland-Pfalz die wirtschaftliche Tätigkeit nachgelassen hat.

Es zeigt uns an dieser Stelle deutlich, dass wir noch Nachbesserungsbedarf haben und mit den Betrieben ihre Potenziale nutzen müssen, damit wir es technologisch und innovativ verhindern, so viel zu emittieren, dass es dem Klima schadet; denn das Ziel ist auch zu erreichen.

Es geht nicht nur darum, die Energiewende zu machen und Atom- und Kohlestrom abzuschalten, sondern auch darum, das Klima zu schützen. Das ist völlig selbstverständlich.

Insofern weise ich Sie gern noch einmal darauf hin, schauen Sie sich die Statistik dazu im Internet an und unterstützen Sie uns.

Ich nehme momentan bedauerlicherweise Ähnliches wahr: Die Woge, die Herr Oettinger aus Brüssel kommend geschlagen hat, ist riesengroß. Sie nehmen sie offenbar dankbar auf. Sie sollten lieber mithelfen.

Die Energiewende wird funktionieren, wenn Sie sie mittragen. Wenn Sie jetzt schon wieder die Rolle rückwärts machen, werden wir etwas anderes erleben und an diesem Punkt beharrlich auf Konfrontationskurs bleiben müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Klöckner das Wort. Sie hat noch fünf Minuten Redezeit.

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauer! Zum Thema „Energiebericht“ kann ich nur sagen, ich finde es gut, dass Sie unterschieden haben, wofür es heute geht, Frau Lemke: um den Energiebericht. Der holt in der Statistik etwas nach. Herr Dr. Braun hat in die Zukunft geschaut.

Ich bin froh, dass in der Koalition die GRÜNEN das Thema der Energie betreiben; denn was Herr Guth ausgeführt hat – ich finde ihn mit seinen Textbausteinen immer unterhaltsam –, ist keine Fragestellung zu einem Energiebericht. Dazu hat er nichts gesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Frau Lemke, Sie haben zusammen mit Ihrem Koalitionspartner festgelegt, dass Sie bis zum Jahr 2030 bilanziell – das ist das wichtige Wort – bei 100 % erneuerbarer Energien für den elektrischen Strom sein möchten, produziert in Rheinland-Pfalz, und dass Sie den Strom dann auch noch exportieren möchten. Wir haben betont, es ist wichtig, dass es auf dem Weg dorthin Zwischenschritte gibt. Das ist unsere Positionierung.

Des Weiteren haben Sie gesagt, Sie wollen sich als Landesregierung in einem Monitoring kontrollieren lassen. Aber wenn Sie dies wollen – und das ist unsere Positionierung –, brauchen wir auch Soll-Schritte, an denen wir die Ist-Schritte überprüfen können. Das hat nichts mit Sozialismus oder sonst irgendetwas zu tun.

(Beifall der CDU)

Ansonsten stellen Sie sich doch gerade ein sozialistisches Zeugnis aus: Wer sagt denn, dass er im Jahr 2030 bei 100 % sein möchte? – Heute liegen wir im Land noch unter 20 % selbsterzeugter erneuerbarer Energien im Strombereich. Sie haben auch wahrscheinlich deshalb nur von Prozentzahlen der Steigerung gesprochen, weil es spannend ist, wo wir absolut stehen. – Das ist kein Vorwurf, aber die Frage ist doch berechtigt, ohne dass man gleich immer in eine Ecke gestellt wird, wir würden eine Rolle rückwärts machen.

Die Frage ist doch berechtigt: Wie gehen wir diesen Weg gemeinsam? Bei dieser Fragestellung ist es doch wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, damit wir nicht das Gegenteil von dem erreichen, was wir alle gemeinsam mit der Energiewende erreichen wollen.

(Beifall der CDU –  
Unruhe im Hause)

Wenn Sie in den Kommunen unterwegs sind, ist es doch wichtig, sich zu fragen: Wo ist denn die Energiewende am weitesten vorangeschritten, ganz gleich, was die Bundesregierung beschließt, was Europa beschließt oder was die Landesregierung beschließt? – Gehen Sie doch nur einmal zu Herrn Landrat Schartz Richtung Trier-Saarburg. – Er ist ausgezeichnet worden mit einem Preis.

(Zurufe von der SPD und von dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Oh!)

Gehen Sie doch einmal in Richtung Morbach. Gehen Sie einmal zu Herrn Landrat Schick.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD –  
Unruhe im Hause)

Das sind alles CDU-Bürgermeister,

(Beifall der CDU –  
Zurufe und Heiterkeit von SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Ministerpräsident Beck: Was für eine Kinderei!)

und Sie können uns doch nicht sagen, die CDU würde die Energiewende verhindern. Frau Lemke, gerade Sie sind froh und dankbar über die Kontakte zu diesen CDU-

Vertretern, weil Sie mit ihnen gemeinsam Solaranlagen und Windparks einweihen können.

(Zuruf von Staatsministerin Frau Lemke –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist gut so, und das ist richtig so. Es ist gut, dass die CDU in der Fläche ist; denn dort kann die Energiewende auch geschehen. So ist es doch richtig.

(Beifall der CDU –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sitzen alle in einem Boot. Die Energiewende wird nur dann geschehen, wenn wir die Menschen vor Ort mitnehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Auch wir möchten das Wirtschaftsgesetz für die Kommunen ändern, das wissen Sie seit Maria Laach. Auf unserer großen Klausurtagung war es wichtig. Wir haben es vorgestellt.

Aber was geschieht denn zurzeit?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Glauben Sie sich eigentlich selbst?)

– Frau Brede-Hoffmann, es ist schön, dass wir Sie in dieser Woche auch einmal wahrnehmen, aber leider nur so.

(Heiterkeit und Beifall der CDU –  
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Die Fragestellung ist doch folgende: Wie können wir es schaffen, dass zurzeit – –

(Dr. Weiland, CDU: Die Energiewende haben wir gemacht! –  
Ramsauer, SPD: Nein, Sie haben die Wende dreimal gemacht! –  
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist doch unglaublich! –  
Weitere Zurufe aus dem Hause)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich darf doch bitten, die Diskussionen von Mann zu Mann, von Frau zu Frau vor der Tür zu führen. Frau Kollegin Klöckner hat das Wort.

(Ramsauer, SPD: Sie soll aufhören mit den Beleidigungen!)

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Ich freue mich, dass ich wenigstens überwiegend das Wort habe, und ich freue mich auch, wenn in diesem Parlament noch Emotionen möglich sind.

(Zuruf der Staatsministerin Frau Lemke)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zu der Frage der Windräder kommen. Wir sind im Kreistag in Bad Kreuznach auch mit den Kollegen der GRÜNEN im Gespräch. Das weiß auch Herr Kollege Köbler. Auch Ihre GRÜNEN vor Ort nehmen wahr, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in der Bezahlbarkeit der Energiepreise nicht überstrapazieren dürfen.

Zum Zweiten geht es darum, wir müssen gemeinsam Standorte für Windräder finden, nicht

(Glocke des Präsidenten)

dass irgendwann einmal die Akzeptanz umschlägt – –

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Die Zeit ist jetzt um! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

– Wenn hier ständig hineingerufen wird, kann ich in dem Moment auch weitermachen.

(Zurufe aus dem Hause –  
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Nein!)

Die Akzeptanz für Windräder wird nur dann gewährleistet sein, wenn wir mit Augenmaß vorangehen.

Eine letzte Bemerkung:

(Beifall der CDU –  
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Lemke, Sie sind auch Wirtschaftsministerin.

(Zurufe von der SPD: Aufhören, aufhören! –  
Glocke des Präsidenten)

Als Wirtschaftsministerin müssen Sie auch einen Blick auf die energieintensiven Unternehmen haben. Sie müssen wir in Rheinland-Pfalz auch mitnehmen und nicht nur Ihre Visionen. Dann werden wir auch in der Energiewende ankommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall der CDU –  
Beifall auf der Tribüne –  
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, es ist Ihnen nicht gestattet, Ihren Beifall kundzutun und zu applaudieren. Dies ist nach unserer Geschäftsordnung nicht möglich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen nun zu einer weiteren Kurzintervention des Kollegen Hering.

(Zurufe aus dem Hause)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, seien Sie bitte ein wenig ernsthafte. Sie können alles nachher noch

austauschen, aber lassen Sie uns doch wenigstens die letzte Sitzung in diesem Jahr noch einigermaßen vernünftig zu Ende bringen.

Den Zuhörern und Zuschauern möchte ich sagen, es ist nicht immer so bei uns. Das war die letzte Sitzung, in der sich alles entladen hat.

Herr Kollege Hering hat nun das Wort.

**Abg. Hering, SPD:**

Vielen Dank! Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Energiewende wird nicht mit flotten Sprüchen gestaltet.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig! –

Frau Klöckner, CDU: Genau! –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Aber auch nicht mit Beleidigungen!)

Wenn man die wenigen sachlichen Punkte aus Ihrer Rede herausfiltert, ist das, was Sie mit flotten Sprüchen getan haben, ein Ansatz, um eine Energiewende zu hintertreiben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Ansatz, die Energiewende dadurch zu hintertreiben, dass Sie jährliche Berichte verlangen. – Warum verlangen Sie jährliche Berichte? Ich bin der festen Überzeugung, wir werden unzweifelhaft das Ziel erreichen, in Rheinland-Pfalz bilanziell im Jahr 2030 den Strom durch erneuerbare Energien zu erzeugen, der bei uns verbraucht wird, und ich sage Ihnen, wir werden das Ziel sogar noch überschreiten können.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es erreichen werden, aber natürlich wird dies nicht in genauen Jahresschritten passieren. Wir werden heute viele Maßnahmen auf den Weg bringen, die ihre Wirkung erst in vier oder fünf Jahren in vollem Umfang entfalten werden.

Sie wollen im nächsten oder übernächsten Jahr mit diesen jährlichen Berichten dokumentieren, das Ziel wird nicht erreicht, weil im nächsten Jahr nicht genug umgesetzt worden ist. Das ist die politische Absicht, die Sie mit den jährlichen Berichten verfolgen, und keine andere. Sie wollen das Ziel hintertreiben, anstatt einen konstruktiven Beitrag dazu zu leisten, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben einige CDU-Gebietskörperschaften genannt, die in der Tat schon sehr weit im Bereich der Energiewende sind und auch schon vor dem Zwischenfall in Fukushima viel erreicht haben.

Es gibt Landkreise, die im nächsten Jahr schon mehr erneuerbare Energie in ihrem Kreis erzeugen werden, als sie selbst verbrauchen. Das beweist, die Energie-

wende ist möglich. Die Zielmarke 2030 ist mehr als realistisch.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Aber warum haben diese Gebietskörperschaften das erreicht, Herr Licht? – Weil sie gegen die offizielle Linie der CDU-Landespartei ihre Politik gemacht haben. Das ist der Grund.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Licht, Sie haben bis vor einem Jahr noch einen Feldzug gegen die Windenergie in Rheinland-Pfalz geführt. Sie wollten jede Windkraftanlage verhindern. Das war Ihr Ziel gewesen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Es gibt kluge Menschen in der CDU, darin stimmen wir zu, beispielsweise der Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises oder andere, die sich nicht darum scheren, wenn die CDU Rheinland-Pfalz wieder eine falsche Position wie bei Ganztagschulen oder der Zusammenführung der Real- und der Hauptschulen einnimmt.

Wir machen das, was sinnvoll und vernünftig ist. Das haben auch CDU-Kommunalpolitiker getan; denn es gibt noch vernünftige Menschen, auch bei Ihnen. Das sei zugestanden.

(Glocke des Präsidenten –  
Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Wie lange darf er denn? Drei Minuten! –

Weitere Zurufe von der CDU –

Zuruf von der SPD: Was war denn eben bei Frau Klöckner?)

– Ich darf genauso lang überziehen wie Frau Klöckner.

**Vizepräsident Schnabel:**

Entschuldigung, Herr Kollege Hering. Die Uhr läuft. Herr Kollege Hering hatte genau drei Minuten. Dann habe ich abgeklingselt. Jetzt soll man mal nicht auf die Sekunde gucken, Entschuldigung. Herr Hering, Sie haben noch das Wort zum Schluss.

(Hoch, SPD: Das wird gemacht, weil Frau Kollegin Klöckner über eine Minute überzogen hat! –  
Zurufe von der CDU)

**Abg. Hering, SPD:**

Ich werde noch zwei Sätze sagen. Es geht dann darum, Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

(Unruhe im Hause)

SPD und GRÜNE haben immer den Ansatz vertreten, eine verantwortbare Energieversorgung hat dezentrale Strukturen, bei denen Kommunen mit dem Mittelstand vor Ort Strukturen unter Mitnahme der Bürger aufbauen können.

(Glocke des Präsidenten)

Ihr Ansatz war bis vor zwei Jahren, Atomkonzerne zu fördern, ihnen Milliardengewinne zuzuschustern und Bürgerinnen und Bürger vollkommen außen vor zu lassen. Das war Ihre Politik, meine Damen und Herren.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Schnabel:**

Zur Erwidern hat Frau Kollegin Klöckner das Wort.

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von Ministerpräsident Beck  
und Abg. Licht, CDU)

– Der Herr Ministerpräsident hat irgendein Anliegen.

**Vizepräsident Schnabel:**

Frau Kollegin Klöckner, Sie haben das Wort.

Dieser Disput zwischen Herrn Licht und Herrn Beck ist damit beendet.

Bitte schön.

(Zurufe von der CDU: Oh! –  
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Bei mir lief die Zeit gestern  
auch weiter! –  
Zuruf von der SPD: Die Zeit läuft!)

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende – – –

(Ministerpräsident Beck begibt sich  
zum Präsidiumstisch –  
Licht, CDU: Herr Präsident, die Geschäftsordnung  
lässt die Möglichkeit zu! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

– Es stört, tut mir leid.

(Unruhe im Hause)

– Ich kann mich auch noch einmal setzen.

**Vizepräsident Schnabel:**

Die Kollegin Klöckner hat das Wort.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Die Zeit ist jetzt rum!)

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Ich denke, dass diese Minute jetzt auch abgezogen wird. Gut

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende wird nicht dann geschehen, wenn es Brüssel, Berlin oder Mainz theoretisch vorschreiben. Die Energiewende wird von unten geschehen mit den kommunalen Vertretern, mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit der Industrie, die entsprechende Energieeffizienztechniken, aber auch Speichertechniken entwickelt.

Machen wir uns nichts vor, es geht nicht ohne die Bürger und auch nicht ohne die Industrie, sondern nur mit ihnen. Deshalb müssen wir hier auch ganz klar in Gesprächen bleiben und nicht nur in Berichten sagen, was wir gerne fühlen und was wir gerne wollen.

(Beifall der CDU)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Herr Kollege Hering, Sie haben eben gesagt: Ich glaube fest an unser Ziel 2030. – Das sei Ihnen unbenommen. Sie haben auch fest an den Erfolg des Nürburgrings geglaubt.

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der CDU: Genau!)

Deshalb ist es notwendig, dass wir in dem Bereich der Ziele hin zur 100 %-Marke, die wir unterstützen, Frau Wirtschaftsministerin – – –

Frau Ministerin, wir unterstützen Sie auf dem Weg. Ich kann es nur immer wieder wiederholen. Das können Sie auch in den Protokollen nachlesen.

Es ist aber doch notwendig festzustellen, wenn wir aufgrund verschiedenster Punkte nicht Soll-Schritte einhalten, dass wir nachjustieren können, damit wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Ich möchte nochmal einen Punkt ganz klar zu den einzelnen Kommunen sagen. Sehr geehrter Herr Kollege Hering, der Kollege und Landrat Herr Schartz ist stellvertretender CDU-Landesvorsitzender.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist das!)

Der Kollege Eibes und der Kollege Schick sind Mitglieder meiner Partei und haben gemeinsam mit uns das Laacher Energie-Papier entwickelt. Das ist CDU-Linie.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie es lieber anders hätten, dann hätte ich gerne die Zitate der Kollegen, die Sie eben genannt haben. Bringen Sie mir bitte die Zitate der Kollegen, und werfen Sie nicht irgendetwas in den Raum und legen den Kollegen etwas in den Mund, was sie so nicht gesagt haben.

(Hering, SPD: Da haben Sie noch für Kernkraft gestimmt!)

Das ist nicht lauter, das ist unanständig.

(Beifall der CDU)

Ich möchte noch ein Letztes feststellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir doch einmal die Gemeinsamkeiten fest.

(Pörksen, SPD: Dann versuchen Sie es doch einmal!)

Wir werden nur gemeinsam auch mit der Akzeptanz der Bevölkerung vorankommen. Wir haben auch hier in Rheinland-Pfalz energieintensive Unternehmen.

Herr Kollege Dr. Braun sagte vorhin, die CDU will die energieintensiven Unternehmen entlasten. Sie haben gesagt, das wollen wir nicht.

Aber Frau Ministerpräsidentin Kraft in Nordrhein-Westfalen hat auch in einer Koalition mit den GRÜNEN deutlich gemacht,

(Zurufe von der SPD)

dass wir die energieintensiven Unternehmen nicht aus den Augen verlieren dürfen. Hier geht um es Arbeitsplätze und um Wettbewerbsfähigkeit.

Hier geht es darum, dass wir das Maß im Auge behalten und nicht nur irgendeine Ideologie. Das geht nur mit den Bürgern von unten nach oben und nicht von oben nach unten diktiert.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das war doch Ihr Ansatz!)

Diesen Weg gehen wir mit. Deshalb sind wir für eine klare Raumplanung. Deshalb sind wir für eine klare Absprache, welche Flächen für Windenergie vorgesehen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sind dafür, dass wir diese Ziele auch überprüfen, damit wir wissen, was wir nachjustieren müssen. Das ist der richtige Weg, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Köbler zu einer Kurzintervention das Wort.

#### Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Klöckner, das waren in der ersten Runde schon viel flotte Sprüche und wenig Substanz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zurufe von der CDU: Oh je! –  
Licht, CDU: Dafür sind Sie ja bekannt!)

Weil Sie es bei dem Thema so gerne mit dem Gipfel haben, sage ich nun, dass Sie es schaffen, in die Energie-debatte noch den Nürburgring hereinzubringen, das war der Gipfel der Substanzlosigkeit!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Frau Klöckner, CDU: Der Herr Guth hat es geschafft, die Bundeswehr hereinzubringen!)

Man kann vielleicht die eigene Planlosigkeit im Wahlkampf noch übertünchen, aber der Wahlkampf ist endlich vorbei. Jetzt schalten Sie einmal auf Parlament und konstruktive Arbeit um. Es wird höchste Zeit!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Sie haben die Kollegen Schartz und Fleck erwähnt. Sie machen hervorragende Arbeit im Bereich erneuerbarer Energien vor Ort. Herr Fleck hat auch bei uns im Winter auf unserem Programm-Parteitag gesprochen

(Frau Klöckner, CDU: Bei uns auch!)

und hat unser Wahlprogramm im Bereich erneuerbarer Energien ausdrücklich gelobt. Ich denke, er unterstützt auch den Weg dieser Landesregierung und dieser Energieministerin.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Aber erklären Sie doch einmal, warum diese beiden Politiker abwinken, wenn sie auf die Landesebene hier zu Ihnen gerufen werden wollen.

(Frau Klöckner, CDU: Der Herr Schartz?)

Sie winken deswegen ab, weil sie Politik mit Plan machen wollen und nicht das, was Sie hier vollführen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –  
Frau Klöckner, CDU: Das ist im Protokoll!)

Es gibt eine Strategie für 100 % erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030. Herr Braun und Frau Lemke haben es ausgeführt, eine Verfünffachung der Windkraft in dieser Legislaturperiode, Verdoppelung des Solarstroms bis 2020. Von Ihnen habe ich noch überhaupt kein Konzept gehört und noch gar nichts, an dem Sie sich messen lassen können. Wann kommt es denn nun endlich, Frau Klöckner? Oder gehört zu Ihrem Konzept das Hintertürchen?

Heute ist bekannt geworden, Herr Oettinger aus Ihrer Partei will 40 neue Atomkraftwerke in Europa. Frau Klöckner, beantworten Sie mir die Frage:

Stehen Sie zu dieser Strategie von Herrn Oettinger, oder stehen Sie dazu zu sagen, Atomkraft nie wieder, der Atomausstieg muss unwiederkehrbar auch mit der rheinland-pfälzischen CDU gemacht werden?

(Dr. Weiland, CDU: Wer hat denn den Atomausstieg gemacht?)

Sagen Sie es, Ja oder Nein, hier zu Protokoll.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –  
Abg. Frau Klöckner, CDU, begibt sich zum Rednerpult)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kollegin Frau Klöckner, ich will jetzt einmal einen Kompromiss mit Ihnen aushandeln, und zwar aus folgendem Grund: Wir hatten zwei Kurzinterventionen. Da wären Sie normalerweise nach unserer Geschäftsordnung zum Ende gekommen.

Wir hatten zunächst auf den Herrn Hering reagiert, dann kamen Sie, dann Herr Köbler. Jetzt machen wir einen Kompromiss. Sie haben noch eine Minute zur Reaktion.

(Zurufe von der SPD: Wieso das denn? –  
Staatsministerin Frau Lemke: Hat Sie immer das letzte Wort? –  
Zurufe von der SPD)

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Herr Köbler wollte eine Antwort von mir haben.

(Weitere Zurufe im Hause)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Meine Damen und Herren, das haben wir hier oben im Präsidium so entschieden.

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Er will eine Antwort von mir haben. Er hat mich aufgefordert.

(Pörksen, SPD: Das war falsch, was er gemacht hat! –  
Weitere Zurufe im Hause)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Das haben wir im Präsidium so entschieden. Das wird jetzt auch so durchgeführt. –

Bitte schön.

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Herr Köbler, dafür, dass Sie der Meinung sind, wir hätten kein Energiekonzept, haben Sie unser Energiekonzept von Maria Laach ziemlich intensiv kommentiert. Es kann sein, dass Sie eine schlechte Erinnerung haben.

Übrigens hat Herr Fleck vergangene Woche an unserem Kreisparteitag zum Thema „Energiepolitik“ teilgenommen. Wenn Sie die Zeitung richtig gelesen haben, haben Sie auch seine Kritikpunkte am Energiekonzept der Landesregierung, das übrigens mit dem Masterplan noch nicht vorgelegen hat, zur Kenntnis nehmen können. Wir sollten so offen sein und sagen, das finden wir gut, aber innerhalb eines Konzepts haben wir auch Kritikpunkte. Das muss doch möglich sein, ohne dass immer eine ideologische Frage gestellt wird.

(Beifall der CDU)

Aus dieser Sichtweise heraus erwarte ich von der Landesregierung einen Masterplan, der schon für den Herbst angekündigt worden war. Dieser liegt noch nicht vor. Ich erwarte auch, dass es einen Plan für unsere energieintensiven Unternehmen gibt,

(Glocke des Präsidenten)

die nicht davon leben können, wenn einzelne Landkreise zu 100 % autark sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg Wiechmann, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind eigentlich am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich darf Sie bitten, noch kurz hierzubleiben. Herr Kollege Dr. Rosenbauer wird uns zum Ende dieses Jahres verlassen. Er hat sein Mandat niedergelegt und möchte noch eine kurze Erklärung abgeben und sich verabschieden.

Herr Kollege Dr. Rosenbauer, bitte schön.

#### **Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer solchen Diskussion, wie sie gerade stattgefunden hat und bei der alle wach geworden sind, ist es besonders schwierig, die richtigen Worte zu wählen. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken und mich nach über 15 Jahren aus diesem Landtag verabschieden.

Es hat viele interessante Diskussionen und viele unterschiedliche Standpunkte gegeben. Das gehört aber zu einer Demokratie dazu. Auch das, was sich hier eben abgespielt hat, gehört dazu. Entscheidend ist, dass man sich, wenn man durch die Tür geht, wieder vernünftig unterhalten und die Diskussion weiterführen kann. Ich

glaube, das war in der Regel immer möglich. Das sollte auch so sein.

Ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken und wünsche dem Landtag und Ihnen alles Gute. Ich hoffe, dass die Ziele, die sich sowohl die Landesregierung als auch die Fraktionen und die Opposition setzen, erreicht werden können. Letztendlich zählt nur das, was den Menschen im Land zugutekommt.

Eine Schlussbemerkung sei mir noch erlaubt, weil ich über 15 Jahre dafür geworben habe. Es ist nicht immer ganz einfach. Sie wissen alle, dass ich aus dem nördlichsten Teil von Rheinland-Pfalz komme. Es ist oft schwierig, die Probleme, die die Region hat, hier darstellen zu können.

Herr Hering, Sie kennen die Situation. Sie liegen etwas südlicher. Wir haben es noch schwieriger. Ich würde Sie bitten, auch in Zukunft ein Ohr für den Kreis Altkirchen, die nördlichste Spitze, zu haben, insbesondere was die Verkehrspolitik angeht.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestatten Sie mir, auch im Auftrag des Präsidiums einige Sätze zu Herrn Dr. Josef Rosenbauer zu sagen. Er hat selbst darauf hingewiesen, dass er seit Beginn der 13. Wahlperiode, nämlich von 1996 bis zum 31. Dezember 2011 Mitglied des Landtags war. Er hatte immer ein Direktmandat aus dem Wahlkreis 1, Betzdorf/Kirchen (Sieg). Das ist auch interessant. Dies zeigt, dass man die Westerwälder doch nicht an den Schluss, sondern an den Anfang genommen hat.

Als Arzt hat sich Herr Dr. Rosenbauer schwerpunktmäßig der Gesundheits- und Sozialpolitik gewidmet. Er war 13 Jahre lang ununterbrochen Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss. Er gehörte mehreren Untersuchungs-

ausschüssen, so zum Beispiel dem Untersuchungsausschuss „Sonderabfall“ und dem Untersuchungsausschuss „Heimunterbringung statt Untersuchungshaft“, der Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ sowie eine Wahlperiode lang dem Ausschuss Bildung und Wissenschaft und eine Legislaturperiode dem Ausschuss Weiterbildung, Forschung und Kultur an. Er wurde im Jahr 2001 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und im Jahr 2007 Generalsekretär der CDU Rheinland-Pfalz.

Noch ein Schmäckerl am Rande. Josef Rosenbauer war der erste Abgeordnete in der CDU-Fraktion, der 1996 ohne Krawatte auftrat. Er hatte zur damaligen Zeit immer seinen Kampf mit seinem Vorsitzenden. Mittlerweile hat er es gelernt. Er ist mit Krawatte da.

Meine Damen und Herren, wer kämpft, macht sich nicht nur Freunde. Das wissen wir gerade bei ihm. Er hat immer ein bisschen die Pfeile auf sich gezogen. Es ist ein Ringen um den besten Weg. Das hat er gesagt. Das wissen wir als Demokraten eigentlich alle. Die Ziele sind oft gleich, die Wege manchmal etwas unterschiedlich.

Lieber Josef – ich darf es beim Du belassen –, wir haben Verständnis dafür, dass Du diesen Weg einschlägst und wieder zu den Wurzeln, nämlich in Deinen ursprünglich erlernten Beruf als Arzt zurückkehrst.

Wir wünschen Dir, wie das bereits zum Ausdruck kam, alles Gute, vor allen Dingen Deiner Familie, insbesondere Deinem Nachwuchs, den wir auch schon bewundern durften. Ich glaube, Du wirst viel Spaß haben, in Deinem neuen Berufsleben auch. Du wirst uns nicht verloren gehen. Du bist immer ein gern gesehener Gast bei uns.

Alles Gute!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie zur nächsten Sitzung am Mittwoch, den 18. Januar 2012, um 14:00 Uhr, einladen.

**E n d e d e r S i t z u n g : 12:36 Uhr.**